

# Arbeiter-Zeitung

Freitag, 19. Juli 1929  
11. Jahrg. Nummer 165

Verl. im täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Einschluß 2,00 Mk. Anzeigenpreis: Die gebogenen Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Verlags- und Veranlagungsangelegenheiten 8 Pf., Kellernpreis: Die dreizehnlängere Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 4 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 14, Kottbuscher Str. 50, Tel. 569 98.  
Post-Expedition: Breslau 544, Expedition: Breslau, Treibacher  
Straße 50, Tel. 239 02, Geschäfts-Expedition von 12-18,  
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filial-Expeditionen:  
Görlitz, Poststr. 28, Tel. 4088; Oppeln, Marktstr. 11, Tel. 1864;  
Görlitz: Sankt 6, Telefon 2284, Geschäfts-Expedition von 9-19 Uhr, Geschäfts-  
stand am Haupt-Verlagsort Breslau. — Verlag: Schiel, Verlagsgesellschaft  
m.B.H., Breslau. — Druck: „Faubus“ Berlin, Fil. Breslau, Kottbuscher Str. 50.

## Diplomatische Beziehungen zwischen Rußland und China abgebrochen

# Nanking will den Krieg

Chinas Antwortnote ein Verschleppungsmanöver, um Zeit zu Kriegsmaßnahmen zu gewinnen  
Sowjetrußland durchschaut diese Taktik und bricht Beziehungen ab

M. Rowno, 18. Juli. Nach Meldungen aus Moskau hat das Außenkommissariat der Sowjetunion am Mittwochabend um 9 Uhr dem chinesischen Geschäftsträger in Moskau eine neue Note zugestellt. In dieser Note wird mitgeteilt, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, sofort sämtliche Vertreter der Sowjetunion, diplomatische, konsularische und Handelsvertreter, die sich in der chinesischen Republik befinden, aus China abzuführen. Ferner müssen sämtliche diplomatischen und konsularischen Vertreter Chinas sofort das Gebiet der Sowjetunion verlassen. Der Eisenbahnverkehr zwischen China und der Sowjetunion wird sofort unterbrochen. Gleichzeitig erklärt die Sowjetregierung, daß sie ihre Ansprüche auf die chinesische Ostbahn nach wie vor aufrecht erhalte und alle Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen im Fernen Osten treffen werde.

In der Antwortnote der Sowjetunion werden die im heutigen Artikel gekennzeichneten Verschleppungsmanöver der Nanking-Regierung gekennzeichnet und die Angriffe gegen die politische Tätigkeit der Sowjetregierung zurückgewiesen. Es heißt in der Note u. a.:

Die Sowjetregierung stellt fest, daß die Nanking-Regierung in ihrer Note die Verschleppung der Ostbahn bestätigt und außerdem die Bemerkungen der Sowjetregierung über eine Verhinderung zwischen beiden Regierungen. Die Nanking-Regierung habe, anstatt sich mit den Bemerkungen der Sowjetregierung über die Verschleppung der Ostbahn zu beschäftigen, die Verschleppung der Ostbahn durch die Sowjetregierung — zu beschuldigen, die den Tatsachen nicht entsprechen. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß in Moskau und im Gesamtgebiet der Sowjetunion mehrere Tausend chinesischer Staatsangehöriger verhaftet worden seien oder noch verhaftet werden sollten. In russischen Gefängnissen befinden sich lediglich solche chinesische Bürger, die von sowjetrussischen Gerichten wegen gemeiner Verbrechen oder Schmuggel verurteilt worden seien. Die Regierung der Sowjetunion erklärt, daß die chinesische Regierung eine Verhinderung durch ihre letzte Note unmöglich gemacht habe. Im Laufe der letzten Tage habe Marschall Tschangkaischek geäußert, daß die Verschleppung der Ostbahn durch China nur ein erster Schritt der Nanking-Regierung gegenüber der Sowjetunion sei. Die Regierung der Sowjetunion sehe daher heute keine Möglichkeit mehr, für die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Völkern. Die Sowjetunion erklärt ausdrücklich, daß die Verantwortung für den Zusammenbruch der russisch-chinesischen Beziehungen einzig und allein die chinesische Regierung trage, die keinen Frieden mit der Sowjetunion wünsche.

Die Regierung des Arbeiter- und Bauernstaates hat in ihrer Note die einzig mögliche Antwort auf die Verschleppungsmanöver und auf die auf neue Propagandationen gerichtete Taktik der Nanking-Regierung gegeben, und die Beziehungen mit ihr abgebrochen. Das Proletariat der ganzen Welt begrüßt diesen Schritt, der allen Feinden des Arbeiterstaates zeigt, daß auch die Schuld der Sowjetunion ein

Ende hat und ihre Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft nicht Schwäche bedeutet. Das Verschleppungsmanöver der Nanking-Regierung war darauf berechnet, Zeit zu gewinnen, um weiter zu mobilisieren.

Die Nanking-Regierung setzt ihre Rüstungen und Mobilisierungsmaßnahmen, wie die letzten Nachrichten beweisen, weiter fort. Sie rüstet zum räuberischen Überfall auf die Sowjetunion.

Die akute Kriegsgefahr für die Sowjetunion ist durch die neuerliche Verschleppung der Ostbahn auf die Sowjetunion übertragen.

Die letzten Nachrichten über die Nanking-Regierung zeigen, daß die Sowjetunion bei ihrer Antwort die Lage richtig eingeschätzt, die Verschleppungsmanöver der Nanking-Regierung erkannt und durchkreuzt hat.

**Schärfste Warmbereitschaft für das Proletariat ist das Gebot der Stunde.**

**Bereitet Waffentundgebungen zum Schutz der Sowjetunion vor.**

**Bekämpft die Mobilisierung im Betrieb gegen die Kriegstreiber.**

**Nehmt in allen Belegschaftsversammlungen zur drohenden Kriegsgefahr Stellung.**

**Beschließt Arbeitsruhe am Antikriegstag!**

## Opfer der Kriegsvorbereitungen

Untergang eines chilenischen Truppentransportschiffes

M. Neugort, 17. Juli. Wie aus Valparaiso gemeldet wird, ist das chilenische Truppentransportschiff „Abca“ während eines starken Sturmes in der Nähe von Valparaiso gesunken. Die chilenische Regierung gibt bekannt, daß von der Besatzung 42 Mann ertrunken sind, während nur einer gerettet werden konnte. Der Sturm hatte am Dienstag die ganze chilenische Küste heimgesucht. Um die Mittagsstunde wurden von der „Abca“ verschiedene SOS-Rufe ausgehört. Verschiedene Schiffe eilten darauf mit Volldampf an die Unglücksstelle, um dem sinkenden Schiff Hilfe zu leisten. Sie kamen aber alle zu spät. — Die „Abca“ lief im Jahre 1923 in Gmden als „Hemsoth“ vom Stapel.

## Die Antwortnote der Nanking-Regierung

Dieser Artikel wurde vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China geschrieben.

Die chinesische Regierung in Nanking hat ihre Antwortnote an die Sowjetregierung übergeben. Die Note verrät alles andere als eine Neigung zur friedlichen Beilegung des Konflikts. In der Note erklärt die Nanking-Regierung, daß „demnach ist ein von Nanking mit allen Vollmachten ausgestatteter“ Vertreter nach Moskau kommen wird. Schon dieser Satz enthüllt deutlich den Zweck. Die Nanking-Regierung will Zeit gewinnen, um die militärische Befestigung an der ostchinesischen Bahn auszubauen, neue Truppenverbände zu konzentrieren oder auch Waffen und Munition von den imperialistischen Hintermännern zu erhalten. „Demnach!“ das ist eine sehr unbestimmte Antwort und auf unbestimmte Zeit abgestellt, ist eher eine freche Provokation als eine Antwort auf die Forderungen der Sowjetunion. Die Sowjetregierung hat alle Anstrengungen gemacht, um zu einer beschleunigten und friedlichen Regelung des Konflikts zu kommen. Sie hat sofort Seredialow zu Verhandlungen mit der Nanking-Regierung beauftragt und für ihn um eine Einreiseerlaubnis nachgehakt. Dieses Ersuchen um ein Visum wurde von der chinesischen Gesandtschaft brüskelhaft abgelehnt. Damit dokumentierte man: Die Nanking-Regierung will keine Verhandlung, sie will die kriegerische Auseinandersetzung. Jetzt wendet man den Trick aller Diplomaten an und versucht, eine Verschleppung herbeizuführen.

Nach einigen diplomatischen Händeln über die freundschaftlichen Gefühle der chinesischen Bevölkerung und Regierung zur Sowjetunion (auf die armen Bauern und Arbeiter Chinas trifft das sicherlich zu, nicht aber auf die Bourgeoisie und die Banditengenerale) zieht dann die Note die Argumente an, mit denen bisher jeder imperialistische Staat seine Raubüberfälle auf die Sowjetunion begründete. Die Note erklärt: „Es seien aber jüngst auf chinesischem Gebiet Verweise dafür geliefert worden, daß Sowjetagenten kommunistische Propaganda betreiben mit dem Ziel, die chinesische Regierung und die Gesellschaftsordnung Chinas zu gefährden.“

Mit diesem Argument vollführte Herr Weismann seinen Überfall auf die russische Handelsvertretung in Berlin, mit diesem Argument rechtfertigten die englischen Imperialisten ihren Einbruch in die Arcos. Diese Bemerkung zeigt aber auch, daß hinter der Nanking-Regierung die imperialistischen Mächte stehen, die den Kampf gegen die revolutionäre Bewegung des Weltproletariats und die Sowjetunion wollen. Wenn Sowjetrußland ein Arbeiterstaat ist, deswegen beginnt die chinesische Herrscherregierung ihre Überfälle auf die Sowjetmacht. Die Diplomaten von Nanking wollen mit ihrer Erklärung aber auch nachweisen, daß die Sowjetunion den Vertrag von 1924 nicht gehalten habe und somit auch die Nanking-Regierung nicht dazu verpflichtet sei. Der Herr General Tschangkaischek will sich ein Visum für den Raubüberfall verschaffen. So erklärt denn die Note: „Um die Ordnung aufrechtzuerhalten“, hätten die Behörden von der Bahn Beschluß ergriffen. Die Ordnung an der Bahn war nicht gestört. Die Sowjetregierung hat keine offizielle Propaganda für die Dritte Internationale getrieben. Gewiß, die gequälten, entrechteten, hungernden Arbeiter und Bauern Chinas stehen zur kommunistischen Internationale. Die kommunistische Partei wächst und breitet sich aus mit dem Anwachsen der revolutionären Bewegung im chinesischen Proletariat, dessen Führerin sie ist.

Von welchen Absichten die Note der Nanking-Regierung getragen ist, ergibt sich aus den nachfolgenden Sätzen. Die Nanking-Regierung erklärt keineswegs, daß sie die provokatorischen Maßnahmen aufheben würde. Sie fordert vielmehr ihrerseits, daß angeblich jetzt in Rußland gefangene Chinesen freigelassen, daß sich in Rußland befindliche Chinesen besonderen Schutz erhalten, also anstatt Jurisdiktion und Aufhebung des Überfalles, neue Forderungen provokatorischer Art. Ganz deutlich aber wird die Note am Schluß. Dort heißt es:

„Die Nationalregierung wird Handeltreibende aus der Sowjetunion immer gut aufnehmen; aber die kürzlich erfolgte Verhaftung von Russen in der Mandchurie sei nichts als gerecht, und eine notwendige Maßnahme zur Unterdrückung der kommunistischen Propaganda in der Mandchurie und zur Aufrechterhaltung der Ordnung gewesen.“



Russische Weißgardisten in englischer Uniform

Das ist ganz klar und deutlich die Feststellung, daß die Nanjing-Regierung ihre Expeditionen fortsetzt, die Befreiung der ostchinesischen Bahn, die Verhaftung der kommunistischen Arbeiter und Angehörigen aufrecht erhalten will.

Die Sowjetunion hat das scharfe Mandat der Nanjing-Regierung durchkreuzt. Sie hat der Regierung des Generals die einzig mögliche Antwort erteilt und erklärt:

Die Note kann nicht entgegengenommen werden.

Die Sowjetregierung erklärt damit, daß sie nicht daran denkt, der Nanjing-Regierung Hilfe zum weiteren Aufmarsch und zur Konzentration der Truppenmacht gegen Sowjetrußland zu leisten. Wir sind überzeugt, die gesamte Arbeiterschaft der Welt wird die feste Haltung der Sowjetregierung begeistert begrüßen. Diese Haltung der Sowjetregierung wird auch die wirklichen Kriegspolitiker der Nanjing-Regierung vor dem gesamten Weltproletariat sofort und deutlich enthüllen.

Während die Nanjing-Regierung so ihre Kriegstreiberleiter fortsetzt, verstärkt die Presse der Kapitalisten und Sozialdemokraten ihre Hege gegen die Sowjetunion. Die Führung bei dieser Hege hat in Deutschland wieder das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“. Noch gestern bringt die „Berliner Arbeiterzeitung“ aus Schanghai folgende Meldung:

Mitglieder der chinesischen Regierung erklärten Vertretern der Presse, die Chardiner Aktionen seien im Einverständnis mit Nanjing erfolgt, entsprechend der festgelegten Politik, an der China, trotz der Drohungen des russischen Ultimatum, festhalten werde.

Auch diese Erklärung zeigt, daß der Zweck der Antwortnote nichts anderes ist als die Absicht, die Basis für die Fortsetzung der Aktion in der Mandchurie zu festigen und zu verbreitern. Der „Vorwärts“ aber schreibt gestern über den „roten Imperialismus“ der Sowjetunion. Er schreibt:

„Denn das muß einmal klar ausgesprochen werden, um der verlogenen bolschewistischen Agitation einen Riegel vorzuschieben: Rußland — und zwar gilt dies für die heutige Sowjetunion genau so, wie früher für das zaristische Rußland — hat in der Mandchurie, die chinesisches Gebiet ist, in Wirklichkeit nichts zu suchen.“

Diese Ausführungen des „Vorwärts“ sind die schamloseste Unterstützung der Kriegshege gegen die Sowjetunion. Diese sozialfaschistischen

Kolaten der Imperialisten stehen in der vordersten Front der Organisation des internationalen Angriffs auf Sowjetrußland.

Wir stellen dieser strengen sozialdemokratischen Hege folgende Ausführungen von Erich v. Salzmann in der „Vossischen Zeitung“ vom 18. Juli gegenüber:

„Wenn heute die Chinesen daher die mit russisch-französischem Geld (es handelt sich um französische Anleihen an das zaristische Rußland, D. M.) erbaute Ostbahn, an der man sich selbst nur nämlich mit 5 Millionen Taels Baugeldern beteiligt hat, deshalb in Anspruch nehmen, weil diese Bahn auf chinesischem Gebiet erbaut wurde, so könnte das in der Tat zu wirken. Diese Gebiete lägen noch heute drach als Wästen und Steppen, wenn nicht Rußland auf Abzugstrangs Veranlassung die Bahn erbaut hätte, deren Hauptzweckstrecken dann über Chardbin nach Mufden, Dalien, Port Arthur angeschlossen wurden.“

Hier wird von einem bürgerlichen Journalisten die Eigenhege über den roten Imperialismus, zwar ohne daß er es vielleicht will, zurückerzogen. Es wird festgestellt, die chinesische Regierung ersuchte um den Bau der Bahn. Der Bauaktivitäten die umliegenden Länder. Nicht die geringste Förderung auf die Beherrschung dieses Gebiets hat die Sowjetunion je erhoben. Sie verlangt nur die Verwaltung ihrer Werte, der Werte der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands.

In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse versucht man, die Note als ein Einlenken Chinas hinzustellen. Der Zweck dieser Werbung ist ganz offensichtlich. Man will damit die Arbeiterschaft über den Ernst der Lage täuschen. Die Wehr- und Gegenwehrbereitschaft der Arbeiter soll eingeschläfert werden. Die Nanjing-Note bedeutet aber vielmehr eine Verschärfung der Situation.

Die Nanjing-Regierung hat durch die Sprache ihrer Note die Kampfanlage gegen das gesamte Weltproletariat erklärt. Das Weltproletariat muß die Antwort geben.

Am 1. August marschieret auf in Massen! Bildet Antikriegskomitees! Organisiert die Arbeitseinstellung! Schließt euch zusammen zur gemeinsamen Kampfkraft unter dem Banner der kommunistischen Internationale! Bildet proletarische Schutz- und Wehrgesellschaften!

Heraus zur Massenkundgebung am 1. August!

zweiten Zone äußerte sich Briand nur in allgemeinen Phrasen. Unablässig weigerte er sich, die Stellung Frankreichs zu den wichtigsten, zur Verhandlung stehenden Fragen zu präzisieren. „Ich werde“, so sagte Briand in seiner Rede, „mich bemühen, aus einer absterbenden und unklaren Diplomatie lebendige Arbeit zu machen. Das kann ich aber nicht versuchen, wenn ich mir vorher von den Parteien die Hände binden und die Schritte vorzählen lasse. In der Konferenz werden wir die heiligen Interessen unseres Landes nicht leichtfertig opfern.“ Schließlich wurde der Antrag Blums mit 350 gegen 238 Stimmen abgelehnt.

### Japanische Truppen nach Mufden

11. Tokio, 16. Juli. Das japanische Kriegsministerium hat angeordnet, daß ein japanisches Regiment sofort aus Dalien nach Mufden beordert wird. Am Montag sind die ersten japanischen Truppenteile eingetroffen zum Schutze des japanischen Eisenbahnetzes in der Nordmandchurei. Im Auftrage des japanischen Kriegsministeriums hat sich General Tananagi nach Chardbin begeben, um die politischen Verhältnisse in der Nordmandchurei zu studieren.

Eine halbamtliche Mitteilung der Nanjing-Regierung kündigt an, daß 5000 Mann als Verstärkung nach dem östlichen Abschnitt der chinesischen Eisenbahn entsandt wurden und 10 000 Mann an der Grenzstation Mandchuria bereitgehalten werden. Die in China lebenden Weißrussen haben sich in allen wesentlichen Zentren, wie Schanghai, Mufden, Tientsin und Chardbin, für militärische Dienste auf chinesischer Seite angeboten. Ihre Zahl wird mit 50 000 Mann angegeben.

### Deutsche Marine bildet Kriegsfieger aus

Berlin, 18. Juli. Die „Welt am Abend“ ist in der Lage, über eine illegale Marinefliegerschule Veröffentlichungen zu bringen. Ausgehend von dem Hinweis des Genossen Stöcker auf zwei illegale Aufstellungsunternehmungen der Marine, die der Genosse Stöcker anlässlich der Beratung des Marineetat's berührte, weist die „Welt am Abend“ darauf hin, daß die äußerlich so harmlose Seeverkehrs-A.G. auf der Insel Norderey, die nach außen hin den Seetransportdienst mittels Flugzeugen betreibt, in Wirklichkeit eine Organisation ist, hinter der sich eine ausgebildete Kriegsfiegerschule der deutschen Marine verbirgt. Das Lehrpersonal besteht aus ehemaligen Marinefliegern, die Aufgabe der Gesellschaft sei die Ausbildung von Flugzeugführern, Beobachtern und Flieger-M.G.-Schützen für die Kriegsluftfahrt der Flotte. Nach Beendigung des Kurus treten die ausgebildeten Flieger wieder in den Marinendienst ein, so daß auf diese Weise eine ständige Ausbildung von Kriegs- und Marinefliegern erfolge.

Ein neuer Beweis der Aufrüstungspolitik des neudeutschen Imperialismus! Arbeiter, aufgepaßt, ehe es zu spät ist. Schließt euch zum Kampf gegen den Krieg zusammen! Marschieret am 1. August zu gewaltigen Demonstrationen auf!

### Autounglück in Berlin-Steglitz

Eine Tote, sieben Verletzte

11. Berlin, 18. Juli. Nach einer Morgenbitterfrostnacht hat sich am Mittwochabend ein Verkehrsunfall von schweren Folgen in Steglitz zugezogen. An der Ecke Berg- und Bismarckstraße fuhr eine Kraftfahrmaschine mit einem Privatwagen so heftig zusammen, daß der Privatwagen zertrümmert wurde. Eine Leinwandkutsche wurde in die Luft geworfen.

### Unfall beim Bahnbau in Italien

11. Rom, 17. Juli. Am Mittwochvormittag ereignete sich auf dem im Bau befindlichen Strecke zwischen Taranto und Martina-Franca ein schweres Eisenbahnunglück. Ein Arbeiter- und Materialzug, der aus sechs Wagen bestand, stürzte den Bahndamm hinab. Die Lokomotive hatte den Zug fast bis an den Bestimmungsort gebracht, mußte aber dann abgelassen werden, um Wasser zu nehmen. Die Bremsen der sechs zurückgebliebenen Wagen hielten dem starken Gefälle nicht stand, und der Zug rollte ohne Lokomotive weiter und stürzte von dem noch nicht fertigen Damm ab. Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt. Einer der Schwerverletzten ist bereits gestorben. Die Witwe des bei dem Unfall um Leben gekommenen Arbeiters hat vor einem Jahr ihren ersten Mann ebenfalls beim Bahnbau auf der gleichen Strecke verloren.

# Immer neue Unverschämtheiten der Textilbarone

## Einkstellung nach Willfür — Siebentägige Kündigungsfrist — Lohnfestsetzung mit Vorbehalt

Die Firma Dierig, Langenbielau, hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt:

„Auf Grund des vom Reichsarbeitsminister vom 13. Juli für verbindlich erklärten Schiedspruches nehmen die Unternehmer der Bezirksgruppe ihre Kündigung zurück. ... Ab Mittwoch, den 17. Juli, wird die Arbeit wieder aufgenommen. Jeder Arbeiter hat die Benachrichtigung der Firma abzuwarten. Die Einstellung erfolgt unter Vereinbarung einer sechsentägigen Kündigungsfrist für die Aufkündigung der Einzelarbeitsverträge. Der Kündigungstag wird in die Kündigungsfrist nicht mit einbezogen, so daß die Kündigung mit Ablauf des siebenten Tages nach Ablauf der ausgesprochenen Kündigung wirksam wird. Der durch Verbindlichkeitsklärung zugewandene Tarifvertrag enthält eine Anzahl rechtlicher Unklarheiten. Mit Rücksicht darauf erfolgen alle Lohnfestsetzungen und -zahlungen nur unter ausdrücklichem Vorbehalt der Abänderung bzw. Rückforderung. Christian Dierig A.-G.“

Die Niederlagenstrategie der Gewerkschaftsführer, ihre charakterlose Zustimmung zu beiden Schiedsprüchen hat den Unternehmerschmerz und die Unternehmerrückstufung bis zum Gipfelpunkt gesteigert. Sie preisen auf „tarifliche Treue“, stellen Arbeiter nach Willfür ein, legen sechsentägige Kündigungsfrist fest und legen die Lohnhöhe mit „Vorbehalt“ fest. Der „beste“ Schiedspruch zeigt keine Auswirkung. Sofortige Organisation des Widerstandes der Arbeiter,

scharfer Kampf gegen die Willkürmaßnahmen der Unternehmer muß die Antwort der Textilproleten sein.

(Siehe auch Artikel in der Beilage: „Die Lehren des Textilarbeiterkampfes.“)

### Streit in der Charlottengrube in Rudolfs

ER. Gleimig, 17. Juli. Die Belegschaft der Charlottengrube (Hüttenwerk) in Rudolfs ist wegen Lohnunterschieden zwischen den Streik getreten. Alle Vermittlungsversuche zwischen der Grubenverwaltung und dem Betriebsrat waren bisher ergebnislos. Insgesamt streiken etwa 2500 Arbeiter, doch dürfte der Streik nur von lokaler Bedeutung sein.

### Briand gegen die Rheinland-Räumung

Paris, 18. Juli. In der Kammer äußerte sich Briand über den Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Blum, der von Briand eine genaue Antwort über die Stellung Frankreichs bei der Frage in Aussicht genommenen Reparationskonferenz, deren Tagungsart immer noch nicht feststeht, erhalten wollte. Briand wies den Fragestellungen Leon Blums aus und gab nur allgemein gehaltene Erklärungen ab. Ueber die Frage der Räumung der

# ANNA

## DAS MADCHEN VOM LANDE

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Zu träumst vor einem Auslagenfenster, in dem eine wunderbare Dame steht, beinahe lebendig, mit einem herrlichen Nicker, das bis zu den Knien reicht. Da löst dir jemand die Einkaufstasche mit den Kartoffeln aus der Hand und du mußt sie dir auf dem Gehsteig, zwischen den Beinen der Passanten, erst wieder mühselig erlangen. Und auf der Straße, wenn du vor der Straßenbahn zur Seite springst, hast sicher hinter dir ein Auto und erschreckst dich so, daß du nur durch ein Wunder nicht in den Handwagen hineingerastest, den einer auf dich zukommt. Wenn dich einer anspricht: „Hast du keine Augen, kleine Gans?“ kannst du noch froh sein, daß dir nichts Schlimmeres passiert ist. Nein, die gnädige Frau hat recht: Es war besser, sich ans Haus zu halten.

Warum auch weggehen, wenn's zu Hause Sicherheit, Wohlergehen und eine gute Herrschaft gab. Sie sah bis zur Eintausend und bekam beinahe dasselbe Essen wie die Herrschaft. Arbeit, schwere Arbeit, war Anna vom Elternhaus, vom Bauern her gewöhnt. Die gnädige Frau war streng, aber gütig. Sie war Mitglied eines Wohlfühlvereins, und kein Bettler Wangelt an der Tür, der nicht eine Tasse Kaffee und ein Stück Brot oder gar Rente vom Mittagessen bekam. Der Anblick der Armen rührte Frau Rubesch. Er rührte sie wirklich tief.

„Es gibt soviel Elend auf dieser Welt“, sagte sie ausweichend. David bitteres Glanz, liebe Anna. Und es ist schon, wenn wir es auch nur ein wenig lindern und wohlthätig sein können. Ich bin glücklich, daß es mir unsere Verhältnisse gestatten. Das ist meine einzige Freude. Sie sehen doch selbst, wie wenig ich sonst vom Leben habe. Wenn ich nur könnte, ich würde gerne mehr geben. Jetzt wird ja wohl alles besser werden, sobald nur die furchtbaren Wunden des Krieges verheilt sind.“

Anna hörte gefassten Auges zu. Eine Welle von Dankbarkeit durchströmte sie. Sie dankte dem Schicksal, das sie zu einer so guten Herrin geführt hatte.

sein Spitzbart kurz geschnitten. Er trug ein Vereinsabzeichen im Knopfloch. Er gab Anna keine direkten Befehle, er ließ ihr alles durch seine Frau bestellen. Frühmorgens verließ er das Haus und kehrte erst spät abends zurück. Er hielt sich nur ein Stündchen nach dem Mittagessen auf, las die Zeitungen und liebte Dabla ein wenig. Man merkte deutlich, wie sehr er sie liebte. Aber auch diese Härtslichkeiten waren nur wie von ungefähr, als ob er sich bemüht wäre, daß er dazu wenig Zeit habe und daß Wichtigeres zu bedenken sei. Er sagte sie um die Hüfte, blinzelte ihr in die Augen und klopfte ihr auf die Schulter. Genau so, wie man Pferde streichelt.

„Na, kleines Füllen, wie geht's denn?“ Er brachte ihr Parfüm, Spitzen, Strümpfe und Seide. Doch vergaß er die Sachen oft in der Tasche, und Anna fand sie morgens im Weg. Manchmal erinnerte er sich beim Mittagessen, blinzelte das Fräulein lächelnd und sagte leichtsin: „Heute hat Vater ein paar Groschen verdient. Was soll er dir denn kaufen?“

Oder, während er ihr den Rücken streichelte: „Du bist doch mein Mädel, nicht? Sei man ganz stille, ich bring dir einen Prinzen. Einen richtigen Prinzen. Aber du mußt noch zwei Jahre warten!“

Wie dem Fräulein war nicht so leicht auszukommen wie mit dem Herrn. Sie quengelte wegen der Wäsche. Sie liebte ihre Sachen, liebste sie Höschen, Hemden, Leibchen, Spitzen. Sie baperte sich vor dem Spiegel ihre Wäschebündel um die Schulter, schmeigte sie zärtlich an die Brust, legte sie an die Wangen, als ob sie lebendig wären. Sie erlaubte nie, daß jemand ihre Sachen schleudert oder nicht genug Ehrerbietig behandelte. Aber auch das Fräulein war gutmütig. Eine Stunde, nachdem sie Anna ein schlecht gefügtes Hemd nachgewaschen hatte, kam sie, alles vergessend, mit Schokolade oder Pasteten an.

„Was ist das?“ Sie sah dabei aus wie eine Schullameradin. „Aber du darfst Mama nichts erzählen! ... Nein, sagen Sie Mama nichts, Anna, sie glaubt, ich rede was.“

Im übrigen hatte das Fräulein allen Grund, Anna zu schonen. Manchmal, des Abends, wenn Frau Rubesch zur Vereinsversammlung ging, kam das Fräulein in die Küche. Sie trug dann ihr bestes Kleid, Lächeln und ihren schönsten Hut.

„Ich gehe auf einen Sprung zu meiner Freundin. Erzählen Sie Mama nichts davon, Anna“, sagte sie so unbedeutend. Aber wenn sie eine halbe Stunde vor Mamas Rückkehr nach Hause kam, leuchteten ihre Augen. „Kein Wort, Anna! Vater würde mich erschlagen!“ Und an der Tür ihres Zimmers: „Ich werde Ihnen einen wunderbaren Schatz bringen.“

Fräulein Dabla war nicht das einzige Kind der Baumelstersfamilie. Ein Zimmer der Wohnung, vor kurzem noch bewohnt, stand nun unbenutzt. Als Anna ihren Dienst antrat, roch es noch nach Zigaretten, Haarparade und dem Körper eines jungen Mannes. Auf dem Nachtschisch lagen noch Spuren von Nässe, die Zeitschrift „Sport und Spiel“ und eine aufgeschrittene Nummer von „Le vie parisienne“. Dieses Zimmer übte auf Anna eine besondere Anziehungskraft aus durch den Schleier des Geheimnisvollen, der über ihm lag.

„Bessers Zimmer ist das neben dem Salon?“ fragte Anna die gnädige Frau, als sie beide das Mittagessen lachten.

Die gnädige Frau betrachtete Anna forschend.

„Ein wohlgerogener Mensch fragt nicht, Anna, merken Sie sich das! Er wartet, bis wir ihm selbst sagen, was uns notwendig scheint. ... Doch, warum soll ich's Ihnen nicht sagen: Es ist das Zimmer unseres Sohnes Ehrenfried. Er ist verheiratet ... nach Paris.“

Frau Rubesch spidete einen Hasen auf dem Küchentisch. Nach einer Weile ließ sie die Arbeit liegen und ging in der Küche auf und ab. Sie nahm sich ohne Grund bald dies, bald das in die Hand und wandte Anna ständig den Rücken zu. Sie blieb am Küchentisch stehen und blinzelte in den Hof. Sie nahm ihr Taschentuch und schneuzte sich. Dann kehrte sie zu ihrem Hasen zurück.

Als Anna ihre Augen vom Kloßteig erhob, sah sie, daß die gnädige Frau weinte. Die Tränen liefen ihr die Wangen hinab.

Anna erschrak heftig. Frau Rubesch bemerkte, daß das Mädchen sie beobachtete.

„Ich hatte zwei Söhne, Anna“, erzählte sie. „Der ältere ist im Kriege umgekommen. Mein Mann hatte ihn mit großer Mühe im Ministerium untergebracht, und ich dachte Gott, daß er nicht an die Front mühte. Ich dachte, Gott weiß, welche Glück erlebt zu haben. — Er stand an Ungenugenschaft. ... Jetzt wäre er schon Architekt.“ Ueber die Wangen der Frau Baumelstersgattin rollten bide Tränen. Sie fielen auf den Hasenrücken, und ihre Hand legte die Spinnrad weg, um nochmals nach dem Taschentuch zu greifen.

„Das Leben ist grausam, und Sie haben es gut, Anna ... Ich habe niemand, mit dem ich mich ausdrücken kann. Mein Mann kennt nur seine Arbeit, und Dabla will ich nicht ihr junges Leben verbittern. Ich kann mich mit niemandem ausdrücken. Das ist von allem das Schlimmste.“ (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Kurt Dombrowski; für Oberleitend: Richard Schulz; für den literarischen Teil: Alfred Dörmann, Berlin. Für Inserate: August Reimann, Breslau.

# Die Lehren der schlesischen Textil-Aussperrung

## Siebeneinhalb Wochen Kampf! — Niesenbetrug! — Was nun?

7 1/2 Wochen, durch die maßlose Brutalität der schlesischen Textilbarone auf die Straße geworfen, standen die hungernden Textilproleten Schlesiens im Kampf. 7 1/2 Wochen Kampf, 7 1/2 Wochen in Front gegen die Ausbeuter.

Und nun durch cynisch schamloses Hungerbrot, dessen Bettelstimmige durch die eingetretene Teuerung längst aufgefressen, in die Betriebe zu neuer, noch verschärfter Fron zurückgelagt.

### Musste dieser Kampf so enden?

Dies ist die Frage, die jede Textilarbeiterin, jeder Textilarbeiter sich vorlegen muß. Von ihrer richtigen Verantwortung hängt ab, das Finden des Weges, der aus diesem trassen Weberelend herausführt.

Ist der Kampf so geführt worden, wie es notwendig war, um die Absichten der Textilbarone zu durchkreuzen und den Erfolg auf die Seite der Textilarbeiter zu bringen?

Der Aussperrungskampf war eine von den Textilbaronen wohl vorbereitete und organisierte Machtprobe. Diese Tatsache war den Gewerkschaftsführern sehr wohl bekannt. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat sie schon vor dem Kampf signalisiert.

Jedoch die Gewerkschaftsführer taten nicht nur nichts, um diesen Machtprobe mit einer organisierten Front der Textilarbeiter zu begegnen. Sie machten es sich im Gegenteil zur Hauptaufgabe, das Zustandekommen einer geschlossenen Front der Textilarbeiter mit allen Kräften zu verhindern.

Das neue Hungerbrot, das unter aktiver Mitwirkung der Gewerkschaftsführer entstand, zwingt die gesamte Textilarbeiterchaft, nüchtern und objektiv die Bilanz des Kampfes zu ziehen, um aus diesen Erfahrungen die Lehren zu erkennen, die Ursachen der Fehler und Mängel des Kampfes zu beseitigen, um heute schon zu rüsten für neue Kämpfe, die nicht bis zum 31. März 1931, dem Endtermin des Schandbittats, auf sich warten lassen dürfen und werden.

### Gewerkschaftsführer sabotieren die Einheitsfront aller Kämpfenden

#### Sie verhindern das Zustandekommen einer aktiven Kampfesführung

Mit unerträglich Deutlichkeit wird allen Textilarbeitern und Arbeiterinnen aus diesem Kampfe klar: So wie bisher können Kämpfe unmöglich mehr geführt werden. Gegen ein konzentriertes, straff organisiertes Unternehmertum kann nur mit Erfolg gekämpft werden, wenn eine geschlossene einheitsfront aller kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter, gleichviel welcher Richtung, ob organisiert oder unorganisiert, entgegengestellt wird.

Die Gewerkschaftsführer sind nicht nur unfähig, diese Einheitsfront herzustellen, sondern ihre Einstellung zum kapitalistischen Staat, ihre Verbundenheit mit den Organen der kapitalistischen Wirtschaft, macht sie gerade zum berufsmäßigen Spalter dieser Einheitsfront.

### Weg mit diesen „Führern“! — Die Führung der Kämpfe in die Hände der unerfahrensten und bewährtesten Kolleginnen und Kollegen!

Das ist die erste Lehre dieses Kampfes. Ihre Richtigkeit bestätigt besonders die Rolle der reformistischen Ausschusskomitees in diesem Kampfe. Von den reformistischen Gewerkschaftsführern eingeseht, vor den Ausgesperrten überhaupt nicht zur Wahl gestellt, setzten sich diese Komitees in ihrer übergroßen Mehrzahl aus Kollegen zusammen, die durch Dick und Dünn in allen Phasen des Kampfes mit den verräterischen Bürokraten gingen. Da das „Kampfmotto“ der Gewerkschaftsbürokraten „anständig und würdevoll“ war, genehmigten diese Komitees Notstandsarbeiten, die in ihrer praktischen Bewertung nichts anderes waren, als gewerkschaftlich-funktionierten Streikbruch. Alle wichtigen Verhandlungen wurden im stillen Kämmerlein durchgeführt, man kümmerte sich einen Dreck um die Meinung der Ausgesperrten. Es wurde von den Komitees nicht nur nichts getan, um eine großzügige Unterstützung aller in Not geratenen Ausgesperrten durchzuführen, sondern im Gegenteil nichts unversucht gelassen, um die Durchführung einer solchen Aktion, wie sie von der internationalen Arbeiter-Hilfe durchgeführt wurde, zu sabotieren. Dies alles be-

kräftigt mit besonderer Deutlichkeit die Notwendigkeit einer eigenen revolutionären Kampfführung, die Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Betrieben.

### Die Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter von unten ist also die andere, wichtigste Lehre!

Der Verlauf des Kampfes lehrt den Textilproleten, daß neben den sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten vor allem auch deren Agenten im Betriebe, die reformistischen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre die aktivsten Gegner dieser Einheitsfront sind. Sie zu beseitigen und an ihrer Stelle klassenbewußte bewährte revolutionäre Kollegen und Kolleginnen zu setzen, ist eine weitere Lehre von allerhöchster Bedeutung. Sie muß gezogen werden, wollen die Arbeiter nicht auch ferner dem reformistischen Verrat erliegen.

### Ein revolutionäres Vertrauensmännerystem in allen Betrieben!

Dies zu schaffen, ist die nächste wichtige Aufgabe, die den Textilarbeitern dieser Kampf lehrt. Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei ein solches System von Betriebsvertrauensleuten aufgebaut, gibt den Textilarbeitern die Gewähr, den kommenden Kämpfen gerüst entgegenzutreten.

Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen haben durch die Niederlagenstrategie der Gewerkschaftsführer nicht erreicht, die Brutalität des Unternehmertums hat durch die feige verräterische Haltung der Gewerkschaftsbürokraten nur noch an Kraft gewonnen.

Bei nur einiger Ueberlegung wird es jedem Arbeiter, und jeder Arbeiterin klar, daß gerade diese feige Haltung dieses bauernbe Züchtweiches, dieses dem Kampf-aus-dem-Wege gehen der Gewerkschaftsbürokraten es ist, daß von vornherein die Kampfkraft der Arbeiter schmähen und den offensiven Vorstoß des Unternehmertums stärken muß. Aus diesem „Verteidigungsmanöver“ heraus zur Gegenoffensive gegen das Unternehmertum übergehen, ist mit einer der notwendigsten Lehren. Das Schlichtungssystem hat gerade in diesem Kampfe am allerdrücklichsten gezeigt, daß sein „sozialer Geist“ bankrott, daß es eine eiserne Fessel, ein Weisloch für die kämpfenden Arbeiter ist. Es muß zertrümmert werden, wenn die Kampfkraft der Arbeiterchaft sich wieder voll entfalten soll.

Das ungemein lange Laufdauer des Hungerbittats, das nun für die Gewerkschaftsbürokraten Gesetz ist und den Arbeitern die Möglichkeit rauben soll, in diesen langen zwei Jahren irgendwelche Bewegungen zur Verbesserung ihrer elenden Lebenslage durchzuführen, beweist jedem Arbeiter ganz besonders kräftig die Gefährlichkeit der Ideologie der Wirtschaftsdemokratie für die Arbeiterklasse. Den Textilarbeitern muß klar werden aus diesem Kampfe, daß Tarifverträge nicht eine Friedensverträge zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft, die auf „Treu und Glauben“ aufgebaut seien, sind (wie die Gewerkschaftsbürokrate so niedlich ergötzt), sondern daß der Tarifvertrag nur ein Waffenstillstandsvertrag im bis zum endgültigen Siege des Proletariats währenden Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit ist. Die Kapitalistenklasse kennt gegenüber der Arbeiterchaft keine Treue und keinen Glauben, sondern kennt und kann nur kennen, das brutale Profitinteresse. Die Textilarbeiter müssen aus diesem Kampfe die Lehre ziehen: Tarifverträge dürfen nur ganz kurze Dauer haben und müssen zu jeder Zeit kündbar sein, damit die Arbeiterchaft in ihrem Kampfe um besseres Brot auch die Konjunktur ausnützen, das heißt, Kämpfe durchführen kann, wenn ihre Kraft am stärksten und die Kraft des Gegners am schwächsten ist.

Die Erkenntnis muß allen Textilarbeitern aus diesem Kampfe eigen werden, nur im rücksichtslossten mit aller Kraft geschlossenen und einheitlich durchgeführten Kampf kann die Arbeiterchaft ihre elende Lebenslage verbessern.

Die oben angeführten Lehren aus dem verflochtenen Kampfe müssen zum Allgemeingut der Textilarbeiter und -arbeiterinnen werden. Die Schuldigen an diesem Kampfe sind von den Textilarbeitern zur Rechenschaft zu ziehen. Die organisierten Textilarbeiter müssen sich um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition scharen. Die unorganisierten müssen sich reiflos einreihen in den Deutschen Textilarbeiterverband, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition stärken, um so die Voraussetzung zu schaffen, die reformistische Bürokratie zum Teufel zu jagen und den Verband wieder zu einer mächtvollen Klassenkampforganisation zu gestalten.

### Beseitigung der Schlichtungssystem!

Die Beseitigung aller Betriebsräte, die eine einheitsfront aller Arbeiter im Betrieb verhindern haben.

Abfertigung dieser Betriebsfunktionäre, die den Notstandsarbeiten zugestimmt haben.

Restlose Ausmerzungen aller Gewerkschaftsfunktionäre und Beamten, die für Annahme dieses Schandbittats eingetreten sind.

Hinaus mit ihnen aus den leitenden Funktionen des Verbandes.

Schaffung eines revolutionären Vertrauensmännerystems.

Herstellung einer geschlossenen Einheitsfront aller Arbeiter im Betrieb.

Heute schon organisieren den Kampf zur Durchbrechung des Schandbittats.

Ziehen alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen diese Lehren, dann werden sie die kommenden Kämpfe für sie siegreich durchführen.

# 144 000 falsche Aufwertungsansprüche

## Aber Hilferding unternimmt nichts gegen die Milliarden-Betrüger

Der Prozeß gegen Stinnes und Konsorten wegen Betruges gegen den Staat, begangen durch Verkauf von Kriegsanleihepapieren, die als Altbesitz deklarieren wurden, wodurch Stinnes und seine Kumpane sich um einige Millionen Mark bereichert haben, geht seinem Ende entgegen. In der Schlussverhandlung kamen die Verteidiger von Stinnes zu Wort, die die Schuld des Angeklagten deshalb bestritten, weil das, was Stinnes und seine Kumpane getan hätten, von sämtlichen deutschen Großbanken seit in noch großzügigerer Weise unternommen worden sei. Rechtsanwalt Sander führte aus, daß vom Reich zwei Milliarden Mark Aufwertung für Kriegsanleihe-Altbesitz mehr bezahlt worden sind als ursprünglich vorgesehen war, und als an Altbesitz überhaupt vorhanden sein konnte. Es seien im Laufe der letzten Jahre 144 000 Aufwertungsanmeldungen als falsch zurückgewiesen worden. 144 Ordnungstrafen seien verhängt worden gegen Banken und andere Geldinstitute, und 39 Ordnungstrafen gegen Privatpersonen. In allen diesen Fällen sei wider besonderes Wissen gehandelt worden und hätten sich die Betreffenden des Betruges schuldig gemacht. Aber lediglich in zwei Fällen wäre den Angeklagten der Prozeß gemacht worden.

Diese Ausführungen des Verteidigers von Stinnes sind durchaus richtig. Von 144 000 Falschanmeldungen, die durch die deutschen Großbanken getätigt worden sind, und die teils zurückgewiesen aber, wo man es raffinierter angefaßt hat, angenommen worden sind, so daß die deutschen Großbanken an dem Kriegsanleihegeschäft 2 Milliarden Mark sich widerrechtlich angeeignet haben, ist niemand bestraft worden. Die Verteidigung des Angeklagten Stinnes hofft durch diesen Hinweis den Freispruch für ihren Mandanten bzw. eine geringfügige Strafe herauszuschlagen. Das wird dem Verteidiger auch gelingen. Zu gleicher Zeit aber reizt dieser Prozeß den Vorhang weg von den unerhörten Betrügereien, die von den Banken begangen worden sind, und die alle strafflos bleiben.

### „Betrieb und Gewerkschaft“

„Betrieb und Gewerkschaft“ ist die neue offizielle Zeitschrift der Gewerkschaftsopposition und der Betriebsrätebewegung, die durch Zusammenlegung von „Einheit“ und „Kampf“ geschaffen wurde. Sie behandelt im Sinne des Marxismus-Leninismus alle aktuellen und prinzipiellen Fragen des Klassenkampfes, insbesondere auf ökonomischem Gebiet, und bringt Mitteilungen und Richtlinien für die Arbeit der Opposition.

„Betrieb und Gewerkschaft“ bringt tausend juristische Auskünfte, Material aus der Arbeit der roten Betriebsräte, veröffentlicht laufend Dokumente über die Entwicklung der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsführer. Aufklärungsdekrete, Wahlbetrug, Kernsprüche reformistischer Führer werden in der Zeitschrift veröffentlicht, die durch die Literaturvertriebsstelle in Breslau, Feldstraße 50, oder direkt durch den Verlag „Betrieb und Gewerkschaft“, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 235, zu beziehen ist. Sie kann auch bei jeder Postanstalt bestellt werden. Preis der Einzelnummer 20 Pfennig, durch die Post vierteljährlich 90 Pfennig. Erscheint am 1. und 15. eines jeden Monats.

### Reformisten und Krieg

#### Bewilligung der Kriegskredite

„Damit müssen sich alle Sozialisten abfinden!“

Am 14. November 1914 schrieb der „Grundstein“, das Organ des Bauarbeiterverbandes — das in 500 000 Exemplaren verbreitet wird — zur Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion:

„Die Gegner Deutschlands haben seit vielen Jahren auf dessen Einkreisung hingearbeitet; ihr Meid und ihr schrankenloses Weltmachtstreben haben sie zum Krieg gegen Deutschland getrieben. Und in diesem, ihrem Lande angezogenen und mit den verworlichsten Mitteln geführten Kampfe steht auch die deutsche Arbeiterchaft bis zum äußersten auf der Seite ihrer übrigen Volksgenossen, ganz gleich, ob man das im Ausland vertritt oder nicht. Mit dieser Tatsache mögen sich die Sozialisten aller Länder nun einmal abfinden.“

So heften die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten. Beim kommenden Krieg werden sie wieder die Kriegsfanfaren blasen.

Darum müssen am 1. August alle Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg demonstrieren.

Niedrige Vulkanbrüche auf einer Gebirgsinsel. In New York, 17. Juli. Auf der Insel Antrim, die zur Gruppe der neuen Gebirgsinseln gehört, haben niedrige Vulkanbrüche stattgefunden. Sieben glühendheiße Lavaströme liefen in die See, die am Ufer böslich überhitzt ist. Etwa fünf Meilen von der Küste begannen starke Unterseeexplosionen, die sich bis auf eine halbe Meile der Küste näherten.

heute abend: Alles ins Markgrafen-Kabarett  
Gleiwitz, Ecke Nikolaitraße  
Internationale Damen-Radrennen  
Eintritt frei!

Arbeitshosen  
in riesengroßer Auswahl NUR bei  
Paul Walter, Gleiwitz, Ruhrstraße, Ecke Nildstraße

# Totalausverkauf

Modewaren / Damen-Konfektion  
Die Ware wird verschleudert wegen Geschäftsaufgabe.

# Ph. Poppelauer, Gleiwitz, Beuthener Straße 6

# Der junge Kämpfer

## Chinesische Arbeiter über den Krieg

General!  
Wir sind des Kaisers Söhne und Sprossen!  
Wir sind wie Wasser im Fluß verfloßen...  
Küßlos hast du unser rotes Blut vergossen...  
General!

General!  
Wir sind des Kaisers Adler und Golen!  
Unsere Kinder hungern — unsere Weiber heulen...  
Unsere Knochen in fremder Erde kühlen...  
General!

General!  
Deine Augen sprühen Furcht und Hohn!  
Unsere Mütter in Fron haben largen Lohn...  
Welche Mutter hat noch einen Sohn?  
General!

Schl. — Ling.

## Kreuz und Schwert statt Brot

(Von unserem Jungarbeiterkorrespondenten.)

Welche du schon, daß wieder einmal sämtliche Lebensmittel teurer werden? Der Staat braucht Geld und die Sozialdemokratie muß die „Wuta“ finanzieren! Die Polizei beschlagnahmt sich eingehend mit dem Gedanken, das gegen Demonstranten zu verwenden. (Natürlich nicht gegen die Sozialisten!) Neu ist diese Sache ja nicht, schon seit langer Zeit verwendet die amerikanische Polizei sogenanntes Polizeigeld in Verbindung mit Knastgas. Der deutsche Staat hat zwar kein Geld für Knastgas, und ein Jugendlicher, der arbeitslos wird, bekommt so viel Unterstützung, daß er schon am zweiten Tage betteln gehen muß. Aber das Geld für solche Art der Kriegsvorbereitung zu schaffen, dafür haben wir unsere samstags Finanzminister Dillinger. In der Bibel steht: „Wer da hat, dem wird gegeben!“ Mein Freund Emil sagt dazu immer noch: „Und wer nichts hat, dem wird genommen!“ Und diesen Grundsatz befolgt auch die Kirche. Die Sozialdemokratie hat das Konfessionsamt angenommen, das heißt, statt Erziehung der Erwerbslosenunterstützung jährlich Millionen mehr für den „Hungertoten“ Kassen! „Ach, der Vertrag hat gar nichts zu bedeuten, das ist ja bloß so eine Abmachung zwischen Freuden und dem Papi!“ sagt die SPD, und in diesem Sinne soll auch die Textilarbeiterchaft den Schicksalspruch anerkennen, denn der hat ja „nichts zu bedeuten“. Der junge Textiler wird sich freuen, wenn er einen halben Pfennig mehr bekommt, denn das Brot kostet 2 Pfennig mehr. „Einführung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen“, das ist die Parole. Das leuchtet ja auch jedem ein: Je weniger Lohn er bekommt, desto weniger kann er essen, desto schlechter sich kleiden, desto eher wird er krank, desto eher stirbt er. Und dann kommt er in den Himmel. Je schlechter es ihm auf Erden ging, desto besser wird es ihm über den Wolken gehen. Wenn es am dreißigsten ging, der darf dem lieben Gott die Pfeife stecken! Deshalb ist es nur ein Dienst an deiner Seele, Jungprolet, wenn die Kirche zum Krieg ruft, denn dadurch werden Millionen von Menschen per Expreß in die „ewige Seligkeit“ befördert. Der Grundsatz des Christentums ist zwar die Nächstenliebe, aber — kann ich denn überhaupt meinem Nächsten einen größeren Dienst erweisen, als ihn von dem Erdenjammer zu befreien? Und so hilft die Kirche an zum Mord.

Karrer Schöffler schreibt in dem Buche „In Gottes Namen durch“:

Der Soldat soll totschießen, soll dem Feind das Bajonett in die Rippen bohren, soll die laufende Kugel auf den Gegner schmettern, das ist seine heiligste Pflicht, ja, das ist sein Gottesdienst! ... Die Welt hat wieder eine „Eigentum“ nötig, geht ihr deutschen Stahl zu stellen. Furcht und Schrecken müssen vor euch hergehen ... Wer nicht schießt, wenn er schießen soll, handelt als ein Schurke ...

Nun, ihr seht, statt Brot drückt man euch das Kreuz und das Schwert in die Hand. Gestad, du hast gute Verbündete! Aufgabe aller Jungarbeiter ist es, gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband gegen das Opium der Religion, gegen das Giftgas des Militarismus die rote Fahne zu halten und das ganze Geschicht, das Ausbeutertum und seine Kalorien zum Teufel, in die „ewige Seligkeit“ zu jagen! Warum sollen wir ihnen nicht diesen Liebesdienst erweisen, den sie uns gütig zugebracht haben?

## Was tut die EZJ. zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg?

Die EZJ. erklärt den Kampf gegen Krieg und Militarismus als eine der Hauptaufgaben der internationalen sozialistischen Jugendbewegung. In diesen Tagen findet ihr „großes“ Treffen im „roten sozialistischen“ Wien statt. In diesem Wien ereignete sich am 15. Juli 1927 etwas, was den Führern der EZJ. heute noch peinlich ist: Die Arbeiterchaft, und nicht zuletzt die Jungarbeiter, kürten den Justizpalast. Die gezogene Empörung über den Justizpalast niedergeschlagen, das war damals die Hauptaufgabe der Polizei im „sozialistischen“ Wien. Die Sozialdemokratie bewährte sich trefflich als Hüterin der Bourgeoisie Österreichs, und wie in Deutschland, so unterdrückt sie auch in Österreich die Kriegsvorbereitungen. Die EZJ. verurteilt zwar Resolutionen und Beschlüsse gegen den Krieg, sie begrüßt aber gleichzeitig die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses der sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Abrüstungsfrage. Auf diesem Kongreß verbot man den Weltkrieg, man forderte Abschaffung der Herstellung schwerer Geschütze, von Tanks, Flugzeugen und Kriegsschiffen. Dieselben papierenen Forderungen wurden von der Sozialdemokratie vor dem Krieg gestellt. Und als per

## Jungarbeiter, heraus zur Antikriegs- Kundgebung am 1. August!

Im Mai 1916 erklang in den Straßen Dresdens der Schrei: „Nieder mit dem Krieg“. Während der Dreizehner 2 bei Opern das schloß, am Hango der Arbeiter 2 von einer Granate verletzt wurde, während die proletarische Jugend aller Länder mit ihrem Blut die kapitalistische Gippigkeit verteidigte, während Krupp über Schweden nach Rußland Kriegsmaterial lieferte, während in der nationalistischen Presse täglich Millionen von Gefangenen gemacht wurden, während das Brot immer teurer und schlechter wurde — da wagte es ein Mann wie Karl Liebknecht, die proletarische Jugend zum Kampf gegen den Krieg aufzurufen. Die sozialdemokratischen Vertreter forderten im Organ der EZJ. auf zum freiwilligen Eintritt in die Armee zur Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes — und die revolutionäre Jugend demonstrierte in Dresden, in Kiel, in Berlin und anderen Orten, um ihren Brüdern in allen Ländern heiße Kampfeshelme zu senden. Die Folgen waren Verhaftungen, Hochverratsprozesse, Zuchthausurteile, und doch kam die Revolution; der Hunger billigte. Bleiber waren es die Führer der EZJ., die die proletarische Jugend aufstießen gegen die Spartakisten, und doch stand der revolutionäre Jungarbeiter: beim Kapp-Putsch, bei den Kämpfen in Mitteldeutschland, unter Max Hoelz, auf den Hamburger Barrikaden, im Ruhrkampf — überall und immer scharte sich proletarische Jugend um die rote Fahne des Klassenkampfes. Am 1. Mai verteidigten mutige Jungarbeiter in Berlin ihr Recht auf die Straße. Wieder war es die Führertruppe der SPD, und EZJ., die diese ehrlichen revolutionären Kämpfer mit Dred betraf. Was keine bürgerliche Zeitung fertig brachte, sozialdemokratische Redakteure taten es: Sie bezeichneten die revolutionäre Jugend als Gesindel. Revolutionäre Jungarbeiter leisteten unter dem Polizeipräsidenten Jagow schon vor dem Krieg der bestialischen Polizei-

lamarilla Widerstand, und sie wurden dazu gezwungen, zehn Jahre nach dem Krieg, durch Borgebel.

In diesen Tagen bringen Marx und Engels aus dem Fernen Osten zu uns: Krieg! Was der kommunistische Jugendverband der Arbeiterjugend schon seit Jahren aufzettelte, wogegen er sie immer zum Kampf mobilisierte, ist jetzt in greifbare Nähe gerückt: der imperialistische Krieg. Gut ist er vorbereitet, und schlau wie sie sind, haben die Kapitalisten in China und treiben durch unverschämte Maßnahmen die Sowjetunion zum Krieg. Dies bedeutet: Krieg der gesamten kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion! Bei uns wird er schon ganz offen vorbereitet. Die Wehrorganisation des Jungproletariats, die rote Jungfront, ist verboten. Folgen wird das Verbot der kommunistischen Jugend! Jungkrieger aber veranfaßt militärische Übungen in Schlesien. In Holstein üben die Hitlerbanden Bürgerkrieg, Jugenberg arbeitet Pläne gegen die Arbeiterchaft aus, stieberhaft bereitet die Rüstungsindustrie die Vernichtung der Sowjetunion vor.

**Jungarbeiter, dein Vaterland ist in Gefahr! Krieg gegen Sowjetrußland heißt Krieg gegen die Arbeiterchaft!**

**Der KAPD. ruft euch zu: „Kämpft gegen den imperialistischen Krieg!“**

**Verteidigt die Sowjetunion!**

**Heraus zur Anti-Kriegskundgebung am 1. August!**

Krieg da war, waren es die sozialdemokratischen Parteien aller Länder, die zur Verteidigung des Ausbeutervaterlandes aufstiegen: Französisch gegen deutsche, russisch gegen österreichische Sozialdemokraten. Und während die EZJ. heute die ergreifendsten Worte findet gegen den Krieg, „vergibt“ sie ganz, daß man zu gleicher Zeit in allen Ländern schwere Geschütze baut, Tanks und Flugzeuge herstellt. Und weil die Führer das alles gar „nicht sehen“, haben sie Zeit, bei Tanz und schönen Spaziergängen an der blauen Donau ein internationales Treffen zu veranstalten. Wenn die Teilnehmer Augen hätten, so würden sie sich einmal die starken sächsischen Heimweber in Wien angucken, und sie müßten feststellen, daß ihr Kampf gegen den Krieg nur in hohlen Worten und Gefühlswortspielen besteht. Waren sie am Freitagabend in der Kundgebung des KAPD. Desterreichs gewesen, so wären sie eines Besseren belehrt worden: daß man nämlich den imperialistischen Krieg nur durch den Bürgerkrieg bekämpfen kann. Und sie hätten gesehen, wie nach der Verlammlung die revolutionäre Arbeiterjugend demonstrierte und die Polizei im „roten“ Wien mit dem Gummiknüppel auf die Jungarbeiter einschlug, ja sogar Verhaftungen vornahm. Die Polizei handelte im Sinne der Sozialdemokratie: Jeder, der ernstlich gegen den Krieg kämpft, muß zusammengehalten werden. Das alles hätten die Jungsozialisten sehen sollen. Und wenn sie denken könnten, dann müßten sie die Konsequenz ziehen. Nicht Kanonenhüter im kommenden Krieg, sondern Soldaten der Revolution sollen die Jungarbeiter sein.

schule, damit sie nicht mit den Dorfrangen in Verbindung kommen. Bis um eins hat Marie mit dem Essenlocher zu tun, b. h. für 20 Mann Kartoffeln schälen und lauter solche herzerquickende Beschäftigungen mehr. Am Abend ruht sie diesen 20 Leuten die Schuhe. Und da der Abend für ein vielgeheftes Dienstmädchen erst nach 9 Uhr beginnt, so kommt sie vor 11 Uhr nicht ins Bett. Als sie ihren Dienst antrat, gefiel es ihr sehr gut, doch schon in der ersten Nacht zertraten sie im Bett die Wangen, und so brachte sie die Zeit bis zum Morgen hin, um diese eiligen Viehler zu erjagen und zu erledigen. Das Ergebnis: 21 Stuhl! Empört erpaltete sie der „Gnädigen“ Bericht. Diese lächelte überlegen und fragte, ob sie denn auch gebissen haben. — Man müßte meinen, daß auf einem Rittergut so wenigstens die Kost gut wäre, aber du irrst dich, lieber Leser. Marie hat mit Quark, der etwas sehr wässrig ist, Quark mit Kartoffeln, Kartoffeln mit Quark folgen in abwechselnder Reihenfolge. Marie hält sich natürlich hoch, wenn sie in die Nähe der Zoffstammel kommt. Da heißt nicht helfen, denn eben gut einer sagen, aber genug um essen und zu leben hat. Ein kommt das Essen und dann die Moral. Das ist die Pflicht der Arbeiterchaft, wenn sie eine Frau werden will über den „Tölpel“ der Herrschaft. So ist Marie ein Dyt geblieben, daß die „gnädige Frau“ sämtliche Schere von der Küche nimmt und diese dann zum Herrschaft. Ein gute Frau verstand! Deutscher Trinkt deutsche Milch! (Wo die Schere abgeschafft ist. Doch das ist natürlich keineswegs Betrug, denn das war ja schon „immer so“, sagt die „Gnädige“.

Hausangestellte Erkennt, daß euer Kampf gegen die Dienstherren der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus ist. Jedes Dienstmädchen gehört in den kommunistischen Jugendverband!

## Internationaler Massenaufmarsch des Jungproletariats in Langenbielau

Am 1. und 2. September marschieren die revolutionäre Jugend Schlesiens in Langenbielau auf, um der dortigen Arbeiterchaft ihren Kampfwillen zu zeigen, um zu demonstrieren für die Forderung des kommunistischen Jugendverbandes: Krieg dem imperialistischen Krieg, verteidigt die Sowjetunion, für den Sechsstundenstag der Jugendlichen, für bezahlten Bierwochenurlaub, für Streikrecht der Lehrlinge, kurz für Jugendrecht und Jugendrecht, gegen das Verbot der roten Jungfront, für ein freies Räte-Deutschland. Polnische und tschechische Delegationen werden teilnehmen. In allen Bezirken Deutschlands befinden an diesem Tage die jungen Arbeiter ihren einheitlichen Willen zum Kampf für ihre Befreiung. Das Treffen wird im strikten Gegensatz zum vergangenen Treffen der EZJ. in Wien stehen. Nicht mit Fackeln und Fanfaren, nicht mit reaktionären Studenten, nicht mit dem sanft gestimmten Wort „Freundschaft“, sondern im Zeichen der roten Faust, mit den roten Pionieren, mit dem Ruf „Heil Moskau!“ werden die Jungarbeiter sich in Langenbielau treffen. Jungarbeiter, junge Sportler, beteiligt euch alle am internationalen Jugendtag!

## Dienstmädchenlos

In den am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Proletariats gehören die Hausangestellten. Schelte, Bißse und Kränze müssen sie erdulden bei äußerst niedrigem Lohn.

Marie ist auf einem Rittergut als zweites Mädchen. Für 40 Mark im Monat muß sie täglich um 4 Uhr aufstehen. Dann muß sie acht Zimmer rein. Gegen 10 Uhr ist sie damit fertig, und nun erlaubt ihr die „gnädige Frau“, Doffee zu trinken. Zwischen dem muß sie noch schnell die Kinder an die nächste Anschlagstelle schaffen, denn die Kinder „vornehmer“ Leute gehen in die Stadt-

## Körperliche Bichtung in den Berufsschulen

Das Prügeln an Fortbildungsschulen ist noch immer erlaubt und wird durch folgendes erneut bestätigt:

„Eine kleine Anfrage der Sozialdemokratischen Partei fragte das Staatsministerium, ob die Begründung des Freispruches zuträffe, und ob es gegebenenfalls bereit sei, durch eine Verfügung anzuvordern, daß die offenbar bestehende Lücke in den Schulverordnungen durch ein striktes Verbot der Prügelstrafe in den Berufsschulen geschlossen werde. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe die kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

„Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts kann den Lehrpersonen an den Berufsschulen das Recht gegen die ihrer Erziehung anvertrauten Schüler und Schülerinnen bei gegebener Veranlassung angemessene Zuchtmittel anzuwenden, nicht versagt werden. Demeit vor einiger Zeit habe ich den Entschluß gefaßt, die Frage der Unterfügung der körperlichen Bichtung im Belatre des Landesgewerbeamtes mit Rücksicht auf die Wardslungen der Anschauungen über die Anwendung dieser Erziehungsmittel namentlich bei älteren Schülern und Schülerinnen zu klären und die Schulaufsichtsbehörden ersucht, sich auf die Erörterung vorzubereiten. Von dem Ergebnis der Beratungen werde ich meine endgültige Stellungnahme abhängig machen.“

Berufsschüler, laßt euch das nicht gefallen. Das ist eine unerhörte Entschuldig, die die Empörung aller Berufsschüler hervorrufen wird. Führt einen organisierten Kampf gegen diese Entschuldig und die prügelnden Lehrer in der Berufsschule.

## Achtung, jugendliche Arbeiter von Ohlau u. Umgebung!

Am Sonnabend und Sonntag, dem 27. und 28. Juli, findet in Ohlau ein Unterbezirksstreffen des kommunistischen Jugendverbandes statt. Sorgt alle für rechte Propaganda!

# Sammelt, werbt für den Internationalen Jugendtag 1. und 2. September in Langenbielau

Starker Rückgang der Schlachtungen

Gegenüber Juni 4250 weniger!

Im Monat Juni wurden im Schlachthof geschlachtet und unter... 340 Ochsen, 1806 Bullen, 1165 Kühe, 422 Jungrinder, 5800 Ferkel, 12368 Schweine, 2987 Schafe, 29 Ziegen, 25 Hunde und 144 Pferde. Insgesamt sind das 24082 Schlachtungen, das heißt umgekehrt 4250 weniger als im vergangenem Monat...

Reif für die Kaltwasserheilanstalt

Die heutige 'Schlesische Zeitung' berichtet über den Besuch einer ihrer Leserinnen bei der angeblieben 'Kaiserin' - der...

Selbstmord eines Lehrlings

Am Mittwoch, gegen 11 Uhr, hat sich der Lehrling A. B. in der Wohnung seiner Eltern in Deutsch-Lissa durch Erhängen das Leben genommen.

Aus Arbeiteraufschriften

Wie uns mitgeteilt wird, wird dem Miet der Häuser Sternstraße 142 die Hauszinssteuer erlassen. Neben der Miete der Wohnungen kommt auch noch die Miete einer Gastwirtschaft und eines Zigarrenladens ein.

Werkblatt für alle Teilnehmer am Frauentreffen!

Alle in Breslau eintreffenden Genossinnen und Genossen begeben sich in die Quartierlokale: für West: Lokal K a p s, Berliner Straße, für Ost: Lokal R a b i e r s t l, Hirschstraße, Ede...

An alle Parteimitglieder!

An dem Roten Frauentreffen in Breslau am 21. Juli müssen sich alle Parteimitglieder der Ortsgruppe Breslau beteiligen. Unter den mit der Partei Sympathisierenden...

Alle Teilnehmer, die mit Autos und Fahrrädern am Sonntag früh in Breslau eintrifft, melden sich bei K a p s, Mariannenstr. 17. Alle Genossen, die sich am Frauentreffen als Helfer zur Verfügung stellen wollen...

Die II. Konferenz des NSWB.

Der Rote Frauen- und Mädchenbund, die Frauenorganisation des revolutionären Proletariats, leitet sein Rotes Frauentreffen mit der II. Konferenz am Sonntag, dem 20. Juli, ein.

Zwei tödliche Verkehrsunfälle

Der gestrige Mittwoch hat zwei tödlich verlaufene Verkehrsunfälle gebracht. In der 14. Stunde wurde der bei der Oberpostdirektion beschäftigte Postinspektor Borgenda...

Bei 30 Grad im Schatten!

Von der Stirne heiß, Rinnen muß der Schweiß, Soll das Best den Meister loben - Doch der Segen kommt von oben.

Die Kaffeeflasche

Die Kaffeeflasche ist an den Tropentagen schon lange vor Mittag leer. Und manche Mark muß von dem lauer verdienten Lohn in läufliche Getränke umgewandelt werden.

Strehlen

Strehlen. Blutige Matinee in Berlin. Die Rote Hölle veranstaltete am Montag bei Wende einen Lichtbildervortrag, der gut besucht war.

Strehlen

Strehlen. Blutige Matinee in Berlin. Die Rote Hölle veranstaltete am Montag bei Wende einen Lichtbildervortrag, der gut besucht war.

Nächtliche Bluttat einer Geisteskranken

Strehlen. Eine furchtbare Bluttat spielte sich in der Nacht zum Dienstag ab. In einem Unfall geistiger Ummantung sprang die erwachsene Tochter einer Handwerkerfamilie gegen Mitternacht plötzlich aus dem Bett...

Die Arnoldschmiede abgebrannt

Die Feuerwehre meldet: In der Nacht zu gestern, kurz nach 23 Uhr, wurde die Motor-Landspritze nach Arnoldschmiede, Bez. Breslau, alarmiert. Bei Anmarsch der Landspritze brannte die Wasser... mit dem angrenzenden Wohnhaus in voller Ausdehnung...

Wrieg

Wrieg. Zweimal aus der angeschwollenen Oder gerettet wurde dieser Tage das vierjährige Schindchen einer Fischerfamilie. Am Dienstag stürzte das Kind beim Spielen am Oderufer in den Strom.

Der 'gebildete' Herr Betriebsleiter

Der 'gebildete' Herr Betriebsleiter Walter. Einige Hilfsarbeiter waren am Dienstag damit beschäftigt, auf dem Lagerplatz eine ganze Anzahl Loren Bruchsteine umzuladen und auszuladen.

Parteienveranstaltungen

- Stabilität Ost, Donnerstag, 20 Uhr, Mitgliederbesprechung bei...
Stabilität Zentrum, Freitag, 20 Uhr, bei Fr. v. d. Malsen...
Mittelschlesien, Freitag, 19 Uhr, Mitgliederbesprechung im 'Eisernen Kreuz'.

Kommunistischer Jugendverband

- Stabilität, Donnerstag, pünktlich 20 Uhr, im 'Waldschloß'...

Rotes Frauen- und Mädchenbund

- Stabilität, Freitag, pünktlich 20 Uhr, Kameradschaftsabend...

Sonstige Organisationen

- Arbeitervereine, Donnerstag von 18 bis 19 Uhr...
Freie Arbeitervereine, Freitag, Donnerstag, 20 Uhr...

# Waldenburger Bergland

## Jum Streit um den Ueberschuß der Kreisparlatte

Das Zentrum brachte im Landtag eine Beschwerde ein über die Verteilung des Ueberschusses der Kreisparlatte. In der Antwort des preussischen Innenministers, die jetzt vorliegt, heißt es:

„Zuwendungen an das Reichsbanner aus den Ueberschüssen der Kreisparlatte sind nicht erfolgt. Die Bereitstellung der in der Anfrage genannten 3000 Mark ist für die Durchführung der Festschlüsse der Kinderfreunde in Schmaldeberg erfolgt und nicht zu beanstanden, da nach dem Ermittlungsergebnis hierin eine auch nur etwa mittelbare einseitige Bevorzugung einer bestimmten politischen Partei oder Weltanschauung nicht erblickt werden kann. Wegen der übrigen in der Kleinen Anfrage genannten Zuwendungen hat der Regierungspräsident von Breslau als Kommunalaufsichtsbehörde bereits Beanstandung des betreffenden Freitagsbeschlusses beantragt.“

Wir kommen später auf die Sache zurück.

### Arbeiter, heraus!

Die Rote Hilfe, Ortsgruppe Dittersbach, veranstaltet Sonnabend, den 20. Juli, 20 Uhr, im Bärengrund, bei Jakob, einen Lichtbildvortrag. Thema: Die Kämpfe in Berlin. Eintritt 10 Pfennig.

### Vom Sessel gefallen

Der Regierungspräsident in Breslau hat wegen dienstlicher Verfehlungen gegen den Stadtbauinspektor Strumpf, das Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Dienstentlassung eröffnet und ihn vom Amte suspendiert.

### Striegau

#### Entlassungen in der Steinindustrie

A. R. Die Firma H. Seidel, Gräben, jetzt jetzt schon das große Sieb in Bewegung, um den Betrieb zu säubern. Die Hälfte der Tagelöhner und die Hälfte der Arbeiter, etwa 40 bis 50 Mann, haben die Kündigung erhalten. Ende September läuft der Lohnvertrag ab, und so sind die Entlassungen deutliche Vorzeichen. Künftig wird dann wieder sagen, Kollegen, es geht nicht, die Konjunktur ist vorbei, es war nicht mehr rauszuholen.

Kollegen, laßt euch nicht einschüchtern, wenn der Winter kommt, schneit man euch sowieso alle auf die Straße.

## Jungpioniere in Ferien

### Gründung einer Gruppe in Ströbel

A. R. Ferien, dieses Wort heißt für die Kinder des fahlen Berges ins Gebirge, an die See zu reichen Verwandten oder sonst wohin zur Erholung zu reisen. Dem Proletarier erlaubt es sein Geldbeutel nicht, seinen Kindern das gleiche zu bieten. Die Proletarierjugend stellt auch ihre Ferienzeit in den Dienst der Arbeiterfrage. So trafen am vorigen Freitag 33 Breslauer Jungpioniere in dem Ort Ströbel bei Jobten ein, um dort eine Jugendgruppe aufzubauen. Zahlreiche Arbeiter aus den Steinbrüchen der Gegend begrüßten die jungen Kämpfer und geleiteten sie ins Quartier. Am Sonntag wurde eine Demonstration durch den Ort arrangiert, an der sich Vangensielauer und Streblener Jugend sowie ältere Genossen beteiligten. Den Abend füllte ein revolutionäres Theaterstück aus, das von der zahlreich versammelten Arbeiterjugend mit Beifall aufgenommen wurde. Auch an die angelegerten Textilarbeiter wurde gedacht und 11,50 Mark zu ihrer Unterstützung gesammelt. So trug auch diese Arbeit der Jungpioniere dazu bei, die rote Klassenfront aufzubauen und vorwärts zu bringen.

### Arbeitsunfähig — von Vertrauensärzten gesund geschrieben

Von dem Steinarbeiter F. Hannig, Güntherstraße 11/13, werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Ich wurde vor fünf Wochen aus dem Barmherzigen-Brüder-Kloster in Breslau aus der Behandlung entlassen und als arbeitsunfähig zur Weiterbehandlung einem hiesigen Arzt überwiesen. Dieser Arzt stellte ebenfalls fest, daß ich nicht in der Lage bin, meine Arbeit als Steinarbeiter wieder aufzunehmen. Die hiesige Ortskrankenkasse mußte sich aber über die Gutachten der mich behandelnden Ärzte hinwegsetzen und übergab mich ihren Vertrauensärzten Dr. Raegle und Dr. Schlessinger. Diese schrieben mich nun vollständig arbeitsfähig. Daraufhin sperrte mir die Krankenkasse das Krankengeld.

Obgenannter Steinarbeiter wandte sich bereits an die „Striegauer Volkszeitung“, die eine Veröffentlichung seiner Zeilen ablehnte. Wir ersuchen die Ortskrankenkasse Striegau, sich zu diesem Fall zu äußern.

In der vorigen Woche betrug die Zunahme 400, so daß sich innerhalb 14 Tagen die Zahl der Arbeitssuchenden um fünfhundert Personen vermehrt hat. Dieses rapide Wachsen der Arbeitslosigkeit im Hochsommer in der Zeit der Hochkonjunktur im Baugewerbe zeigt den Weg, wohin die kapitalistische Republik steuert. Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Unterhaltungsfrage, Verfürgung der Unterhaltungsarbeiter auf der einen, Millionen für Rüstungen und für die Kirche auf der anderen Seite, das sind die Maßnahmen dieses Staates zur Wiederherstellung der Arbeiter, zur Errichtung der faschistischen Diktatur. Arbeiter, organisiert die Abwehrfront. Kämpft gemeinsam mit den Kommunisten.

**Achtung Metallarbeiter!** Am Freitag, 19 Uhr, findet die Generalversammlung des MAB in der Altbrauerei statt. Erscheinen aller oppositionellen Metallarbeiter ist Pflicht.

### Lauban

#### Zehn Kinder in Erholung

Durch Zuwendungen von Geschäftsinhabern und durch Unterstützung der Internationalen Arbeiter-Hilfe konnten bisher an vier Verteilungslagen Lebensmittel, im Werte von 600 Mark an ausgeperrte Textilarbeiter verteilt werden. Jetzt ist es uns gelungen, einige Kinder bei hilfsbereiten Berliner Genossen in sichere Obhut unterzubringen. Am Montag früh rollte der Transport von zehn Kindern ab. In den Gesichtern der Kleinen war zu lesen, mit welcher Freude sie nach Berlin fuhren.

Diese Solidarität der Tat wird manchem Proleten zum Bewußtsein gebracht haben, wer Freund und wer Feind ist.

### Sagan

#### Diensther die dritte Woche im Streik

Nach Kündigung des Lohnvertrages stehen die Dienstherren bereits die dritte Woche im Streik um ihre Forderungen. Den Unternehmern gelang es bisher nicht, Streikbrecher zu bekommen. Bei geschlossener Fortführung des Streiks dürften die Unternehmer bald nachgeben.

### Grünberg

#### Vom Heumagen tödlich abgestürzt

Der Landwirt Joppel in Glauchow stürzte von einem niedrigen Heumagen. Dabei erlitt er schwere Verletzungen, die seinen Tod zur Folge hatten.

### Hagnau

#### Für wenig Lohn viel Arbeit

##### bei der Firma Urban

In Wolfsdorf wird zurzeit eine neue Chaussee gebaut. Bei diesem Chausseebau sind jetzt 50 bis 60 Rotstandarbeiter von Goldberg, Hagnau und Liegnitz beschäftigt. Größtenteils sind es verheiratete Arbeiter, die den hohen Lohn von 60 Pfennig pro Stunde erhalten. Mit diesem Lohn müssen die Hagnauer und Liegnitzer Kollegen doppelten Haushalt führen, da die ganze Woche nicht nach Hause fahren können. Für Kost und Unterkunft gehen 12 bis 15 Mark, also der halbe Wochenlohn, drauf. Das heißt nur ein paar Lumpige Mark für die Familie übrigbleiben. In den Regentagen sind und ein Arbeiten nicht möglich ist, müssen die Arbeiter tatsächlich noch Geld mitbringen. Auch ist keine Möglichkeit vorhanden, bei Regenwetter die durchschnittenen Arbeitsstunden zu machen. Einem Teil der Hagnauer Arbeiter ist es nicht möglich, ihren Lohn zu bekommen, da sie bei einer Stunde Mittagspause nicht hin und zurück kommen, sie leben die ganze Woche ohne warmes Mittagessen.

Arbeit verlangt die Firma sehr viel, man muß die Arbeiter bis aufs Äußerste an. Zu den rabiatesten Schichtführern gehört der Antreiber Bülke, der mit den Arbeitern den ganzen Tag umher springt wie ein Wahnsinniger. Er hat es schon fertiggebracht, Ehrfurcht anzubieten, und hat es gewagt, mit erhobener Hand einem Arbeiter gegenüberzutreten. Auch ein Vorarbeiter wagte es, gegen einen Arbeiter vorzugehen und versuchte, denselben zu prügeln. Er kam aber schlecht an; die anderen Arbeitskollegen blieben dabei nicht ruhig und wehrten ihn ganz entschieden mit erheblichen Schlägen ab. Eine anständige Tracht Prügel verdient dieser Antreiber.

Den Rotstandarbeitern beim Chausseebau in Wolfsdorf rufen wir zu, wehrt euch gegen diese Ausbeutung, kämpft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, reißt euch ein in die rote Klassenfront, dann wird der Tag kommen, an dem der Ausbeutung ein Ende gemacht wird.

### Liegnitz

#### Der Haushaltsplan unter Dach und Fach

Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte die Aufgabe, den Hunger-Etat, an dem mehr als ein Vierteljahr herumgedokkelt wurde, unter Dach und Fach zu bringen. Die einzelnen Posten wurden dann auch fast beifalllos angenommen, dagegen stimmten nur die Kommunisten. Die Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschule wurde beschlossen, für das Theater gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Neu eingesetzt sind in den Etat 2000 Mark für Kinderpeisung. Nach dem Motto, sparen tut not, wurde gestrichen, was nur zu streichen ging. Vor der Abstimmung sprach Genosse Geyer, der den Etat als Hunger-Etat kennzeichnete, und Wein, Erbschafts- und Luxussteuern als Einnahmequellen vorschlug. Das rief Herr Krüger (SPD) auf den Plan, der die Schuld an der Kalamität der Reichs- und Landesfinanzen den Maireignissen in Berlin zuschob. Genosse Gschütz wies seine Behauptungen zurück.

# Niederschlesien

## Schlesiens Schwerindustrie in Görlitz

A. R. Görlitz, die Stadt der bürgerlichen Feste und Tagungen, hatte am Sonnabend sehr wohlgenährte Gäste zu verzeichnen. Am 13. Juli 1909 schlossen sich in Hirschberg die Industriellen Schlesiens zu einer Organisation zusammen, die ihren Profit durch eine verstärkte Ausbeutung der schlesischen Arbeiterklasse erhöhen sollte. 1909 bis 1929. Zwanzig Jahre üppig gedeihendes Kapital, zwanzig Jahre Ausbeutung, Elend, Hunger für den Arbeiter.

Man beschäftigte sich auf dieser Tagung mit vielerlei Dingen, u. a. mit der polnischen Wirtschaftslage. Es wurde festgestellt, daß die polnische Wirtschaft in den letzten vier Jahren Fortschritte gemacht hat. (Elektro-, Automobil-, Fahrrad- und Kunstscheiben-Industrie.) Davon, daß in Deutschland die polnischen Arbeiter in der gemeinsten Art und Weise ausgebeutet und schlechter noch als manches Stück Vieh behandelt werden, davon sprach man nicht. Man sprach die Fragen nur vom Standpunkt des Profits. Deshalb „bedauerte“ man, daß die polnische Landwirtschaft ihre Erzeugnisse zu niedrigeren Preisen liefert als die deutsche Landwirtschaft. Schuld daran sei das niedrigere Lebensniveau des polnischen Landarbeiters. (Sollte das Lebensniveau der schlesischen Arbeiter, ausgesperrte Textilarbeiter, den Herren unbekannt sein?) Also eine noch mehr gesteigerte Nationalisierung der schlesischen Landarbeiter kann die Profitgier dieser Herren annähernd soweit befriedigen, daß sie mit der polnischen Industrie konkurrieren können. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, daß nur durch eine Neuorientierung der Wirtschaft die Not der schlesischen Industriellen behoben werden kann.

Diese Neuorientierung soll in vermehrten Steuern für die Arbeiter, Abbau der Sozialpolitik, verstärkter Nationalisierung bestehen. Die Arbeiterklasse muß alle Kräfte einsetzen, um zu beweisen, daß diese Herren die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Sie werden den Kampf gegen ihre Ausbeuter in geschlossener Front aufnehmen müssen.

Die Imperialisten versuchen durch den Vorstoß Chinas, Rußland herauszufordern. Der wirtschaftliche Aufbau des Arbeiter- und Bauernstaates soll gestört werden. Gegen diesen Raubplan der Imperialisten müssen die Arbeiter aufmarschieren. Am 1. August ist die Heerschau der Komintern.

### Nachklänge vom Gewerkschaftsfest

A. R. Am 7. Juli war in Görlitz das Gewerkschaftsfest verbunden mit dem Reichsarbeiterportag. Die großen und kleinen „Größen“ von Gewerkschaften und SPD hatten sich wieder einmal unter das „Volk“ begeben. An der Spitze des Zuges marschierte unser „Kollege“ Gärtner, verzeihen „Herr stellvertretender Bürgermeister von Bunzlau“, Kollege Thrun im Trau u. a. Ein Arbeiter berichtet uns folgendes: Vor dem Verteilungstisch der Gewinne hatten der linke Otto (der große Stratege im Textilarbeiterkampf), Kollege Thrun und andere Kanonen sich zusammengefunden. Unter den Gewinnen war auch ein Raiferpiel. Es dauerte nicht lange, da kam der glückliche Gewinner (nach der Meinung von Buchwitz). Kollege Buchwitz, der schon lange auf dieses schöne Ding zum Einsteigen scharf war, sagte zu seinen Freunden: „Der Pinsel hat mir gerade noch gefehlt.“ Wir glauben es gern, lieber Otto, nun kommt das Einsteigen der Wähler mit der Wahlweise von Künstler losgehen. Aber nur Geduld, es wird anders kommen.

### Im Antwort wird gegeben

Ein Vorfall, zu dem sich der MAB unbedingt äußern muß, hat sich an dem Gewerkschaftsfest ereignet. Die Musiker wurden gezwungen, 25 Pfennig unter Tarif zu spielen, damit nicht genug, man knöpfte ihnen auch noch 40 Pfennig für die Einlagkarte ab. Besteht der Tarif für den MAB etwa nicht? Wir werden diese Frage noch in den Gewerkschaftsversammlungen erörtern. Das Gewerkschaftsfest, das guten Besuch aufwies, dürfte die Unkosten reichlich gedeckt haben, so daß diese Sparmaßnahmen unverständlich bleiben.

### Belieres Steigen der Erwerbslosenziffer in Görlitz

Die das Arbeitsamt berichtet, ist in der Berichtswoche vom 7. 7. bis 13. 7. die Zahl der Arbeitssuchenden um weitere 130 gestiegen.

# Kinderfest der Roten Hilfe

Sonntag, 21. Juli  
Antritt 13<sup>15</sup> Uhr  
Dresdener Platz  
Abmarsch 14 Uhr  
nach dem „Goldenen Anker“, Görlitz West

**Kinderbocker u. Umschlaghosen**  
Mk. 4.50 Mk. 5.—  
Hosensabrik Neumarkt Nr. 40

Prof. Weiß- und Fotolackerei  
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

**Max Petersilie**  
Zigarren-Spezialgeschäft  
Breslau, Reuschstrasse Nr. 77/78  
Frankfurter-Strasse Nr. 144

**Tassilo Krienke**  
7 garren-Spez. -Thaus  
Mk. Platz 10 St. Wstr. 5/9

**WEINE**  
von **Herzberg & Co.**  
Bismarckstraße 49 Bismarckplatz 17  
Leibnizstraße 18 Klosterstraße 64  
Sobottastraße 17 Michaelisstr. 3  
sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem in- und Auslande in **ganzen Waggons** bezogen und sofort bezahlt werden

Rotwein	Flasche	1.10
Südwein	rot oder gelb	1.20
Cydon	mit	0.65
Johannisbeerwein	süß	0.85
Wermutwein	mit	1.35

**Moderno Kinderwagen**  
25.—  
35.—, 29.—, 27.—  
**Enchante**  
Görlitzer Straße 33  
Ecke Taschenstr.  
**Samereien**  
Vogelfutter  
Futtermittel  
Richard Schwalla  
Matthiasstraße 45  
Ecke Weinstraße 45

**B. Poll**  
Beste und billigste Bezugsquelle  
H. Schokolade  
Kakao — Konfitüren  
Leb- und Honigkuchen  
Keks — Waffeln und Zwieback  
Verkaufsstellen  
in allen Stadtteilen Breslaus

**Möbel** gegen bar u. auf Teilzahlung  
zu niedrigsten Preisen bei  
**R. Herzog**  
Möbelhaus und Sargmagazin  
Görlitz  
Fürstentöcher Str., Fernr. 67  
Streng reelle Bedienung

**Hondl**  
Görlitz  
Niederstraße  
neben  
Drogerie Wohlhart

Kurz-, Weiß- und Wollwaren  
sowie sämtliche  
**Arbeitergarderoben**  
empfiehlt  
**A. Flegel**  
Gottesberg, Landesbutter Straße 25  
Teilzahlung gestattet!

Kolonialwaren, Konfitüren  
Zigarren, Zigaretten  
Futtermittel, Sämereien  
Brauereier  
**Georg Binsch**

# Oberschlesien

## Massenaufmarsch der Gleiwitzer Arbeiterschaft gegen den feigen Ueberfall auf Sowjetgut

### Begeisterter Empfang des Genossen Poels

Dienstag, um 18,41 Uhr, traf der Genosse Max Poels, aus Beuthen kommend, auf dem Bahnhof in Gleiwitz ein. Die Gleiwitzer werklätige Bevölkerung war zahlreich zum Empfang des Genossen Poels erschienen. Vom Bahnhof bis zum Ring standen die Arbeiter dichtgedrängt Spalier, um den Demonstrationzug, an dessen Spitze der Genosse Poels marschierte, zu begrüßen. Die Demonstration bewegte sich nach den "Drei Jahreszeiten". Hier empfing sich, daß der große Saal noch nicht einmal einen Bruchteil der Einlassbegrenzenden erfassen konnte. War doch der Saal bereits eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung überfüllt. Die Kundgebung wurde deshalb auf dem in der Nähe gelegenen Kratauer Platz abgehalten, wo etwa 4-5000 Arbeiter den Ausführungen des Genossen Poels beizuhören. Als der Genosse Poels das Wort ergriff, setzte ein lebhafter Beifallsturm ein. Genosse Poels begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf das "Worochilow-Lager des Jungpartialusbundes". Er forderte wieder unter Beifallstürmen, die Arbeiter auf, die "Vagerpost" zu beizugehen, um somit zu der Durchführung des Worochilow-Lagers finanziell etwas beizutragen. Weiter behandelte er dann den Mitteldeutschen Luftstand, zeigte den schändlichen Verrat der SPD auf und schilderte dann den Verlauf seiner Verhaftung und seine Ergebnisse in fünf Zuchthäusern der deutschen Republik. Er berichtete, wie die Klassenfeinde die besten Vertreter des Proletariats in die Zuchthäuser und Gefängnisse steckten, wie sie dort auf das Gewaltigste gequält und mißhandelt wurden, um sie gefügig zu machen.

Die proletarischen politischen Gefangenen, die den schärfsten Repressalien in den Zuchthäusern ausgesetzt sind, bleiben aber auch in den Gefängnissen und Zuchthäusern der kommunistischen Weltanschauung treu. Ja, sehr oft erweisen sie sich hinter den grauen Mauern noch als Organisatoren und Propagandisten der Partei, was die besondere Mut und den Haß der Zuchthausdirektoren und sonstigen Denters.

knechte erzeugt. Daß sie nie das Vertrauen zur revolutionären Arbeiterschaft verlieren, ist ein großes Verdienst der gesamten Arbeiterschaft, die durch Demonstrationen, Versammlungen usw. bewiesen hat, daß sie aufs engste mit den Klassenkämpfern hinter den Zuchthausmauern verbunden ist. Mit Sehnsucht erwarten die politischen Verurteilten den Tag ihrer Freilassung, damit sie wieder in der Klassenfront des Proletariats kämpfen können.

Zum Schluß forderte Genosse Poels die Anwesenden auf, gemeinsam mit der kommunistischen Partei den Kampf gegen das Ueberfall zu führen und nichts unversucht zu lassen, das das der proletarischen politischen Gefangenen, Verhaftungen usw. bewiesen hat, daß sie aufs engste mit den Klassenkämpfern hinter den Zuchthausmauern verbunden ist. Mit Sehnsucht erwarten die politischen Verurteilten den Tag ihrer Freilassung, damit sie wieder in der Klassenfront des Proletariats kämpfen können.

Am Schluß sprach noch einige Worte als Vertreter der kommunistischen Partei der Genosse Velleit, der insbesondere auf den schändlichen Ueberfall der chinesischen Banditen auf die Sowjetunion in der Mandschurei hinwies. Gleichzeitig forderte er die Arbeiter auf, recht zahlreich an den Internationalen Grenztreffen in Beuthen und Biegenhals teilzunehmen und für eine mächtige Kundgebung am 1. August Sorge zu tragen. Die Betriebe müssen geschlossen daran teilnehmen. Auch hier bewies die Zuchthausfront der Anwesenden, daß sie nichts unversucht lassen werden, um die Sowjetunion gegenüber den imperialistischen Angriffen zu schützen. Darauf wurde die Kundgebung, die ein voller Erfolg für die Rote Hilfe und die kommunistische Partei war, geschlossen.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Wed hat durch diesen erfolgreichen Aufmarsch eine mächtige Ohrfeige erhalten. Daß doch Wed seine Schergen die Tage vorher durch die Straßen der Stadt geschickt, um die Plakate, die zur Poels-Kundgebung aufriefen, abzureißen.

## Betriebsrätevollkonferenz für das obereschlesische Industriegebiet

Sonntag, den 21. Juli 1929, vorm. 9 Uhr, findet in Hindenburg, Lokal Roth, eine Bezirksbetriebsräte-Konferenz statt. Alle Klassenbewußten Betriebsräte, Ersatzmänner und Kandidaten aus dem Industriegebiet müssen daran teilnehmen. Revolutionärer Betriebsräte-Ausschuß Gleiwitz

## Eine neue Probe des „Klassenkampfes“ der Reformisten

### Die Gemeindeführer übers Ohr gehauen

Seit beinahe drei Monaten schon geht der Rißhandel zwischen den reformistischen Gewerkschaftsführern und dem Arbeitgeberverband wegen der Lohnforderungen der Gemeindeführer. Schon als die Reformisten unter dem Druck der Arbeiter die Forderung auf Erhöhung des Lohnes um 10 Pf. die Stunde einreichten, machten wir die Arbeiter auf die Absichten der Reformisten aufmerksam und forderten sie auf, in den Betrieben Kampfausschüsse zu bilden und die gestellten Forderungen auch über den Kopf und gegen den Willen der reformistischen Führer zu erlassen.

Die Arbeiter in den Betrieben haben uns sehr gut verstanden und waren im Begriff, ihrer Forderung Nachdruck zu geben. Nun wurde die Situation für die Reformisten und die Arbeitgeber brenzlich, und sie haben ihren Scheinkampf durch ein faules Kompromiß beendet. Die Vereinbarung zwischen Reformisten und Arbeitgeberverband enthält eine Lohnerhöhung von 5 Pf. die Stunde ab 15. Mai dieses Jahres bis zum 31. Dezember 1930.

Wir sehen hierbei die Reformisten bei ihrem „Handwerk“, d. h. die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten und ein faules Kompromiß mit den Arbeitgebern abschließen, um so den Kampfeswillen der Arbeiter zu brechen. 50 Prozent der Forderungen werden dem Unternehmer geschenkt, und auf die Dauer von anderthalb Jahren sollen die Arbeiter an niedrige, menschenunwürdige Löhne gebunden werden.

Damit ist für die Reformisten vom Ecksage Pischyl ein Teil des „Klassenkampfes“ erledigt. Für die Gemeindeführer ist der Fall aber erst am Anfang, und sie sind um eine weitere Lehre reicher. Jetzt gilt es, erst recht in den Betrieben zusammenzutreten und den revolutionären Vertrauensmännern Körper herauszubilden und den Kampf um die gestellten Forderungen zu führen. Auf das Kompromiß und den Verrat der Reformisten gibt es nur eine Antwort der Arbeiter, und zwar: unersittlichen Kampf nicht nur gegen die Ausbeuter, sondern auch gegen ihre Helfer, die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten.

## Wie die SPD-Presse lügt

Das obereschlesische sozialdemokratische Subelblatt, das „Wollblatt“ vom 12. Juli 1929, bringt wieder eine faulstüchtige Lüge gegen die kommunistische Presse. In einem Artikel, mit der Überschrift: „Lügen und Verdrehungen“, behauptet dieses Subelblatt nach alter Manier, die Kommunisten haben es mit dem Antrag für die ausgesperrten Textilarbeiter nicht ehrlich gemeint, indem nicht alle Mitglieder der kommunistischen Fraktion zur Beratung dieses Antrages im Hauptauschuß des Preussischen Landtages zugegen waren.

Zu dem Artikel stellen wir folgendes fest: Die kommunistische Landtagsfraktion ist in diesem Auschuß durch vier Mitglieder vertreten gewesen. In dem Auschuß waren die Genossen Wollweber, Dunkel, Winterlich und Dubainz und haben der Beratung und der Abstimmung beigewohnt. Dagegen waren aber nicht alle Sozialdemokraten im Auschuß anwesend. Die SPD muß das natürlich umflügen, um so ihren Abgeordneten Lang, der gegen die Textilarbeiter in ablestiger Weise Stellung nahm, aus der Schlinge zu ziehen.

Die Lügen der SPD haben aber kurze Beine. Wir glauben, annehmen zu können, daß auch die Arbeiterschaft diese Lügner schon zur Genüge kennt, und können uns weiteres ersparen.

## Gleiwitz

### Kapitel Wohnungspolitik

Die städt. Polizeiverwaltung Gleiwitz I, 25. Juni 1929. P. Postfach 211.

Bei Ihrer Unterbringung in Ihrem derzeitigen Obdach ist Ihnen ausdrücklich mitgeteilt worden, daß Sie verpflichtet sind, sich wegen Beschaffung eines anderweitigen Obdachs unter allen Umständen weiter zu bemühen.

Gleichzeitig machen wir Sie darauf aufmerksam, daß, wenn notwendig, Sie in einem anderen Räume untergebracht werden müßten, Sie also auf einen bestimmten Raum keinen Anspruch zu erheben haben. Wie festgestellt, haben Sie selbst nichts unternommen, um in Gleiwitz oder auswärts ein Obdach zu erhalten.

Mit Frist von einem Monat geben wir Ihnen hiermit auf, sich ein Unterkommen zu verschaffen, zur Vermeidung der Einleitung des Strafverfahrens aus § 301 Ziffer 8 StGB.

Außerdem muß Ihre Unterbringung in einem anderen Räume erfolgen, weil wir den Raum, den Sie zurzeit innehaben, für neu Obdachloswerdende brauchen.

Solche Schreiben verendet die Polizei an die Ermittlerten. So treiben die zuständigen Stellen Wohnungspolitik und glauben, damit ihre Pflicht gegenüber dem Wohnungselend erfüllt zu haben. Wir glauben, weitere Worte dazu erübrigen sich.

### Der Wasserpreis genehmigt

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften ist der Wasserpreis im Jahre 1927 so geregelt worden, daß die Berechnung der Wasserabgabe nach besonderen Preisen, und zwar für Wirtschaftszwecke und für gewerbliche Zwecke, erfolgt. Danach beträgt der Preis für einen Kubikmeter Wasser zu Wirtschaftszwecken 23 Pf., für gewerbliche Zwecke 26 Pf. Für diese Wasserpreisfestsetzung in der Stadt Gleiwitz vom 18. Juli 1927 ist durch Verfügung des Bezirksausschusses Oppeln vom 27. Juni 1929 die Gültigkeitsdauer bis zum 30. September 1930 verlängert worden.

### Was kostet die Stadt das Wasser?

Die Stadt besteht ihr Wasser aus dem obereschlesischen Wasserwerk Zawaha. Sie bezahlt 8 1/2 Pf. für den Kubikmeter. Bei diesem Preise verdient die Stadt eine ganze Masse Geld. Die Massen müssen es bezahlen.

### Verzweilungstakt eines Erwerbslosen

Der Polizeibericht meldet: Am 14. Juli d. J., gegen 11,30 Uhr, hat ein 17 Jahre alter Arbeiter aus Gleiwitz in der Wohnung seiner Eltern 75 Gramm Lysof getrunken. Der herbeigerufene Arzt ordnete die Ueberführung in das städtische Krankenhaus an. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt. — Nun, wir glauben, den Grund zur Tat zu kennen. Die immer schlechter werdende Lage der Erwerbslosen ist es, die die Erwerbslosen zu solchen Verzweilungstakten treibt.

## Hindenburg

### Wieder Spazierfahrt auf Kosten der Steuerzahler

Wie wir erfahren, ist jetzt wieder der Wohlfahrtsverein Stadtrat Hüner auf Gemeindefosten mit einem Kindertransport nach der See gefahren. Stadtrat Hüner verbindet gleichzeitig damit seine Ferienreise, zu der ihm die Stadt also dadurch das Fahrgehalt und außerdem noch täglich 12 Mark Spesen gibt. Die Stadtbewohner sind in ihrer letzten Sitzung gegen die Spazierfahrten des H. Stellung, denn sie gehen auf Kosten der breiten steuerzahlenden Massen.

Warum hat der Magistrat das nicht unterbunden? Die Steuerzahler sind nicht dazu da, daß sie so verschleudert werden. Schließlich wird noch der gesamte Magistrat mit Franz an der Spitze solche Spazierfahrten unternehmen. Wir verlangen, daß mit dieser Wirtschaft beim Magistrat scharf aufgeräumt wird.

## Beuthen

### Was gebaut wird

In letzter Zeit sind bei der städtischen Polizeiverwaltung in Beuthen D.S. folgende Anträge auf Genehmigung größerer Bauvorhaben eingegangen: Handel von Panzerschiffen; Drehsprengeranlage auf Beuthengrube und Werkstattegebäude auf Beuthengrube; Dalaalshaus u. Bud: Gruppenwohnungsgesellschaft; Fürstlich-bischöfliches Kuratorium: Aufstockung des Robertus-Stifts Hohenzollernstraße; Wierczorek-Felzig: Autogaragen Fichtestraße; Greiner Karl: Wohnungsbau Kaiserstr. 6 b; Hebbelha Alexander: Freilegung von Schuppen Gr. Dombrowlager Straße 10; Porswilt J.: Galschuppen, städtische Lagerplätze.

### Selbstmord eines Magistratsbeamten

Am 14. Juli d. J., gegen 22,30 Uhr, wurde ein Magistratsbeamter aus Beuthen in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hat sich an der Wohnungstür erhängt. Der hirtengediegene Witte stellte den Tod fest. Die Leiche wurde in die Leichenkammer des städtischen Krankenhauses geschafft. Die Kriminalpolizei war zur Stelle. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

## Mikultschütz

### Ablauf für die DAW-Delegation

A. R. In der letzten Versammlung der DAW, in der der vom Hauptvorstand eingeleitete Angelegte Schmidt sprechen sollte, der aber nicht erschien, sprach der „Junge Mann“ der Unternehmerrhetor Herr Grywos. Dieser Unternehmerrhetor ließ natürlich eine Gehe gegen die Opposition vom Stapel. Erregte schon die Unwissenheit des H. berechtigste Empörung unter den Versammelten, so steigerte sich diese bei seinen Ausführungen.

Zur Diskussion sprachen die Kameraden Maglowski, Polodnjol und unter Genosse Karalus. Alle drei nahmen gegen die Reformisten und die Ausführungen des H. Stellung. Besonders Genosse Karalus erteilte dem H. eine anständige Abfuhr. Grzymosch konnte die Anklagen des Genossen R. gegen die SPD und die Reformisten in seinem Schlusswort nicht widerlegen. Er versuchte deshalb, den Genossen R. wegen seiner Jugend herabzusetzen. Die Empörung der Kameraden stieg aber diesem Verurteilten der Unternehmerrhetor das Maul. Seine Aufforderung an die Kumpels, nicht auf die Opposition zu hören, erreichte das Gegenteil.

Anschließend an die Versammlung wurde zur Aufstellung der Liste zum Betriebsrat Stellung genommen. Wir werden diese noch besonders behandeln.

## Ratibor

### Unerwartete proletarische Veranstaltung

A. R. Am 14. Juli traten hier, wie wir schon kurz meldeten, in „Schlesien 90“ die „Roten Bergkumpen“, die erste obereschlesische proletarische Spieltruppe, in einer roten Kabare auf. Die gut besuchte Veranstaltung wurde vom Genossen K. D. Nig mit dem Hinweis auf die politische Situation und die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren, besonders der imperialistischen Kriegsgesahr, und mit einem Appell zur Sammlung der proletarischen Kräfte eröffnet. Die „Roten Bergkumpen“ begannen nach der Begrüßung durch die Veranstaltungsbefugter ihr Spiel und haben gehalten, was sie versprochen. Nichtendemollerer Beifall folgte den einzelnen aufgelegten Szenen. Besonders gefielen die Szenen „Hamburgher“ und „Kontorbat“, die unter erneuter stürmischer Beifall wiederholt werden mußten. Das, was gezeigt wurde, war kein „Theater“, sondern lebendige Wirklichkeit des proletarischen Klassenkampfes. Mit dem Wunsch der Veranstaltungsbefugter, bald wieder eine solche Veranstaltung zu arrangieren, und mit einem guten Umfah von Literatur wurde der erfolgreich verlaufene Abend beendet.

## Kreuzburg

### Arbeitsunfall beim Schauffeebau Sowlowitz

A. R. Infolge der großen Antreiberei beim Schauffeebau verunglückte hier ein Kollege aus Künzendorf. Er geriet beim Anfahren mit dem rechten Fuß zwischen zwei Kippwagen und erlitt einige Quetschungen. Der Arzt Dr. Eihmann leistete die erste Hilfe und transportierte den Verunglückten mit dem Auto nach GutsMuths.

Arbeiter, laßt euch nicht bei der Arbeit jagen! Achtet auf eure Gesundheit und nicht darauf, daß der Unternehmer nur seinen Profit aus euch herausholt. Wenn ihr zum Krüppel werdet, gibt euch niemand etwas.

## Oppeln

### Sabotage der Poels-Versammlung

Zur Poels-Versammlung wollte die Rote Hilfe Plakate an die Titfabriken Kleben lassen. Der abgeleitete Polizeikommissar Wlöh, der diese Säulen unter sich hat, sabotierte das Kleben der Plakate dadurch, daß er eine Genehmigung des Polizeipräsidenten verlangte. Auf Anfrage stellte es sich heraus, daß eine solche, wie wir gleich sagten, nicht nötig ist. Wlöh hat da also eine Dummelei gemacht, indem er dieses Ansuchen stellte, oder er versucht, die Versammlung zu sabotieren. Wir nehmen letzteres an, denn mit so viel Unwissenheit wäre es traurig, daß Wlöh bis vor kurzem als Polizeikommissar fungierte.

Trotz alledem muß und wird die Poels-Versammlung wichtig werden.

### Zweieinhalb Jahr Gefängnis für Lehrer Gyris

Der jattam bekannte katholische Lehrer Gyris wurde, nachdem er schon einmal zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, jetzt in einem weiteren Falle zu insgesamt 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Wir werden Sonnabend darüber ausführlich berichten.

### Rinderfest der DAW

Am Sonntag, dem 21. Juli, findet in W in a u bel Oppeln ein Rinderfest der Internationalen Arbeiterhilfe statt. Programmfolge: Antreten um 1,30 Uhr am Wlöhplatz, von dort aus Abmarsch nach Wlöh. Dort Rinderfestausführung, Rinderbesatzung mit Milch, Kuchen und Waffeln. Im Garten findet ein Konzert, ausgeführt vom Arbeiter-Musikverein Oppeln, statt. Rückmarsch um 8 Uhr mit Campions.

### Keine Stadtbewohnerabstimmung

Die für heute angelegte Stadtbewohnerabstimmung ist auf, da die Magistratsvorlage zurückgezogen ist.

### Wo war Drowitzs Gunggebe

In der Nacht von Sonnabend, den 13. Juli auf Sonntag, den 14. Juli ist von zwei Unbekannten die Schaufensterfront des Hirtengeschäfts Max Storuppa eingeschlagen worden. Die Scherben, die immer zur Stelle ist, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht, schickte sich nicht zeigen.

# Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R.P.D.

## Massenaufmarsch am Antikriegstag

Stärker als je die Gegenläufe der Imperialisten untereinander zu spüren, hat sich der Weltgegenstand der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion verschärft. Von den Vorstößen des englischen Imperialismus in England, China, Afghanistan, Iran, bis zu den Reparationsverhandlungen in Paris, der Weltbankerfaltung und dem weltweiten Wirtschaftskrisenplan in Berlin, ist eine Ueberstimmung; alles dient der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion und der Niederschlagung der proletarischen Diktatur und die Einbeziehung Russlands in den kapitalistischen Weltmarkt.

Mit den Kapitalisten befinden sich in allen Ländern die Sozialimperialisten in einer Etappe vor der Kriegsvorbereitung gegen die USSR. Panzerkreuzer-Müller in Deutschland, MacDonald in England und Boncour in Frankreich sind bei den Vorbereitungen und den anderen imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion aktiv beteiligt. Auch die reformistischen Genossenschaftler sind wie in hohem Grade mit den Imperialisten. Der IGB unterstützt die imperialistische Weltmarktpolitik. Die Reformisten wollen die Sozialgenossenschaften aus dem IGB ausschließen und gleichzeitig die sozialistischen Genossenschaften Mussolinis in den IGB aufnehmen. Sind nicht schon das alles eindeutige Beweise für die Unterwerfung der Kriegsvorbereitungen durch die Genossenschaftler?

Im letzten Weltkrieg gehörten die Genossenschaftsreformisten in ihren Ländern bereits zu den „Vaterlandverteidigern“ und unterstützten die Doppelstrategie. Die Verteilungsstellen der Konsumvereine wurden zu Kriegsanleiheausgabenstellen ausgeschaltet. Selbst der Internationale Genossenschaftsbund zerfiel in dem letzten imperialistischen Raubkrieg völlig in seine nationalen Bestandteile.

Es ist nur eine Selbstverständlichkeit, daß auch jetzt die Genossenschaftsreformisten, die ja Klassenverrat über Klassenverrat begangen haben, und die Konsumvereine der Hunger- und Kriegspolitik der Koalitionsregierung unterordnen, an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion beteiligt sind. Die gesteigerte Antikriegswissenschaft der Reformisten dient den imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Die ständigen nationalistischen Kundgebungen der Instanzen zur Beilegung des Rheinlandes beweisen die völlige Unterwerfung der Genossenschaftler der deutschen Imperialisten. In der Genossenschaftspolitik wurde der Abbruch der Beziehungen Englands zur USSR verweigert und auf dem Genossenschaftstag in Dresden 1933 hat sich K. a. S. nochmals völlig mit Chamberlain beim Vorstoß gegen die Sowjetunion solidarisiert. Das sind nur einige der vorliegenden Beweise für die Beteiligung der deutschen Genossenschaftsreformisten an dem Kriegstun der Traubbourgeoisie.

Die Genossenschaftsreformisten von England, Belgien und Frankreich setzen sich ganz offen für die Ausbeutung der Kolonien ein. In England wird von den Reformisten eine „rationellere“ Ausbeutung der Kolonien verlangt. Die belgischen Genossenschaftsreformisten bilden mit Arbeiterkolonialgesellschaften zur Ausbeutung des belgischen Kolonialgebietes. Die Reformisten in Frankreich beteiligen sich mit den Kapitalisten an der Ausbeutung der Kolonialländer in Nordfrankreich.

Im öffentlichen haben sich bisher die sozialistischen reformistischen Führer erklart, die mit dem Kriegsmilitarismus bereits um ihre Positionen für die Beteiligung an der Versorgung der Armeen im Kriegsfalle gekümmert und auch schon eine entsprechende Zustimmung erhalten haben.

Schon im Jahre 1927 hat der französische Genossenschaftstheoretiker Charles Gide erklärt, daß der Krieg den Genossenschaftler „sehr viel gutes getan“ hat und die Genossenschaften „einer der größten Kriegsgewinner“ gewesen seien.

So sehen also die reformistischen „Friedensapostel“ in Wirklichkeit aus.

Die kommunistische Internationale, die der Arbeiterschaft die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion vor Augen führt, hat zum 1. August in allen Ländern den Antikriegstag organisiert, der ein weltweiter Aufmarsch gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion und die Kriegsdienstleistungen der Sozialimperialisten werden soll. Auch die Genossenschaftsmitglieder müssen mit der gesamten Arbeiterschaft am 1. August gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen aufmarschieren. In den Veranstaltungen der Konsumvereine müssen die proletarischen Mitglieder für

die Beteiligung der Genossenschaften am Antikriegstag Propaganda machen. Die Konsumvereine sollen an den Antikriegstagen am 1. August geschlossen mit den übrigen proletarischen Klassenorganisationen teilnehmen. Auch in den Betrieben der Konsumvereine und der G.G. gibt es, die Arbeiter für die Beteiligung am Antikriegstag zu gewinnen. Die proletarischen Genossenschaftler müssen sich an der Vorbereitung und Durchführung des Antikriegstages unter den Lösungen beteiligen: Schärfsten Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion! Für die aktive Verteidigung der USSR!

### Für Wiederaufnahme des Konsumvereins Merseburg

Der auf dem mitteldeutschen Verbandstag in Bad Lauterberg gefasste Beschluß auf Ausschluß des Konsumvereins Merseburg aus dem mitteldeutschen Verband und damit auch aus dem Zentralverband in Hamburg, hat in weiten Kreisen der Genossenschaftsmitglieder größte Empörung hervorgerufen.

Bereits vor dem mitteldeutschen Verbandstag in Bad Lauterberg lagen eine Reihe Proteste gegen den Ausschluß vor. In den letzten Wochen sind in einigen Veranstaltungen weitere Proteste gegen den Ausschluß von Merseburg angenommen, so u. a. in der Kundgebung zum Internationalen Genossenschaftstag des Konsumvereins Halle, in den Verteilungsstellenversammlungen und in der letzten Generalversammlung des Konsumvereins Immendorf. Der Konsumverein Delitzsch beschloß einen Antrag an den 26. Genossenschaftstag in Mannheim, der die Wiederaufnahme von Merseburg in den Verband fordert. In der Vertreterversammlung des Konsumvereins Wittenberg wurde eine Protestentscheidung bei sechs Stimmenthaltungen angenommen. Der Konsumverein Schwarzenberg hat in einigen Verteilungsstellenversammlungen gegen den Ausschluß protestiert. Der Konsumverein Ehrenfriedersdorf beschloß in seiner Aufsichtsratsitzung, einen Protest gegen den Ausschluß. Auch in einer Reihe Veranstaltungen zum Internationalen Genossenschaftstag wurden Proteste gegen den Ausschluß beschlossen, so u. a. in vier in Berlin stattgefundenen Kundgebungen der Opposition.

Auch nach dem Genossenschaftstag in Mannheim muß der Kampf gegen die Spaltungspolitik der reformistischen Bürokratie und für die Wiederaufnahme des Konsumvereins Merseburg in den Verband verstärkt weitergeführt werden.

### Kein Ausschluß von Suhl

Durch die ultralinken Renegaten, die zur SPD übergetreten sind, hat die SPD im Suhl Konsumverein die Mehrheit der Vertreterversammlung und des Aufsichtsrats erhalten. Im Vorstand war bisher noch eine kommunistische Mehrheit vorhanden. Natürlich war damit die SPD sehr unzufrieden. Deshalb hat die reformistische Genossenschaftsbürokratie nun den Genossen Siebel die seines Postens als Vorstandsmitglied entzogen, was endgültig in der Vertreterversammlung vom 23. Juni geschah. Da die SPD nicht imstande ist, Gründe für die Amtsenthebung vorzubringen, erklärte sie in der Vertreterversammlung ganz offen, sie habe sich zur Durchführung dieser Maßnahme entschlossen, weil es untragbar sei, daß der sozialdemokratischen Mehrheit im Aufsichtsrat eine kommunistische Mehrheit im Vorstand gegenüberstehe (!). In Suhl liegen also die Reformisten die heuchlerische Maske fallen und zeigen ganz offen die sozialdemokratische Parteigründe des Vorstoßes gegen die kommunistische Opposition in den Genossenschaften.

Der Ausschluß des Konsumvereins Merseburg soll u. a. auch deshalb erfolgt sein, weil dort ein sozialdemokratischer Geschäftsführer seines Amtes entzogen wurde. Was in Merseburg ein Grund für den Ausschluß des Konsumvereins gewesen ist, ist in Suhl — da es ja dort von der SPD gemacht wird — zutreffend und in bester Ordnung. So sieht die vielgepriesene politische „Neutralität“ der reformistischen Bürokratie aus!

## Die Koalitionsregierung bringt den Konsumvereinen neue Steuern

Die Früchte der sozialdemokratischen Koalitionspolitik stellen sich auch für die Arbeiterkonsumvereine immer stärker ein. Die mit reformistischen Illusionen behafteten Genossenschaftsmitglieder hatten von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung wenigstens steuerliche Erleichterungen für die Konsumvereine erwartet. Wir sehen aber ganz im Gegenteil unter dem Reichsfinanzminister Hilferding und der Koalitionsregierung nur eine noch härtere Heranziehung der Konsumvereine zu den Steuern, die wie August Kaja sagte, noch schlimmer sein sollen, als unter den monarchistischen Regierungen.

Zu Preussischen Landtag hat die SPD-Fraktion bereits den kommunistischen Antrag für Befreiung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer niedergelegt. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie hat für diese sozialdemokratische Koalitionsnotwendigkeit völliges Verständnis gehabt und dieses schandhafte Verhalten der SPD. totgeschwiegen.

Aber inzwischen droht den Konsumvereinen durch die sogenannten Steuervereinfachungsgehe Hilferdings bereits die Heranziehung zur Gewerbesteuer für das ganze Reich. Bekanntlich hat die Koalitionsregierung sich mit der Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer bereits einverstanden erklärt.

Noch ist die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer nicht unter Dach und Fach und schon soll noch ein weiterer Vorstoß gegen die Konsumvereine gemacht werden. Der Reichsfinanzhof in München hat im März ein Urteil gefällt, das für die Konsumvereine auch die Besteuerung der Ertrübrigung und die Heranziehung zur Körperschafts- und Kapitalertragssteuer bringen soll. Während das preussische Oberverwaltungsgericht sich in einem früheren Urteil auf den Standpunkt gestellt hatte, daß ein Verstoß von Waren an Nichtmitglieder nur dann als steuerpflichtig anzusehen ist, wenn dem Verstoß eine Erwerbshandlung zugrunde liegt, hat jetzt der Reichsfinanzhof entschieden, daß die Steuerpflicht auch besteht, wenn es sich nur um einen Verstoß handelt. In der Praxis läßt sich ein Verstoß an Nichtmitgliedern in einzelnen Fällen nicht völlig verhindern, so daß die Konsumvereine zu Nachversteuerungen herangezogen werden können. Die Körperschaftsteuer beträgt 20 Proz.

### Radikale Phrasen der Genossenschaftsbürokratie

In allen Ländern macht die Entwicklung der Arbeiterschaft ständige Fortschritte, bei einer gleichzeitig starken Entwicklung der reformistischen Führer. Die SPD unterordnet die von ihr noch beherrschten Massenorganisationen immer offener ihrer Koalitionspolitik. Die sozialdemokratischen Genossenschaftsleiter versuchen mit radikalen Phrasen den Aufbruch zu erwecken, als ob sie bei dem Koalitionskurs der SPD ihren eigenen Weg gehen könnten.

Auch die Vorbereitung und Durchführung des „auf Kampf“ eingestellten Genossenschaftstages in Mannheim sollte ein Beispiel dafür sein. Die in Mannheim angestimmten Klagen über die Behandlung der Konsumvereine durch die Klassenjustiz, über die genossenschaftliche Steuerbelastung und die Sozialpolitik der Koalitionsregierung sollten den „Kampfscharakter“ der Tagung beweisen. Wechselt über das Verlangen der Koalitionsregierung, die den Konsumvereinen nicht einmal bei dem Kampf gegen den Kleinhandel „beistand“, ja selbst eine „Kritik“ an den „auf Schachern“ eingestellten Parlamenten, die auch die „Rechte der Konsumvereine verhöhren und verschächern wollen“, sollten die „Kampfsitzung“ der Konsumvereine gegen Parlamente und Regierung vortäuschen.

Ein Wunder müßte geschehen sein, wenn die reformistischen Genossenschaftsbürokraten über Nacht zu „Klassenkämpfern“ geworden wären. Ausgerechnet jene Reformisten, die bereits in der alten SPD, zuerst im reformistischen Kampf laudierten, von denen heute ein Teil sogar nicht einmal mehr der SPD angehört, wollen „Kritik“ an der Koalitionspolitik der SPD. Aber, nirgends ist deutlicher als gerade in Mannheim das reformistische Ablenkungsmanöver der Bürokratie in Erscheinung getreten. Auf dem Genossenschaftstag wurde der Kampf lediglich gegen den Kleinhandel geführt, der bei seinem Kampf gegen die Konsumvereine zum Teil Methoden anwendet, die wir völlig verurteilen. Aber gleichzeitig wurde die Ausschöpfung der reformistischen Bürokratie mit den kapitalistischen Trübs fortgesetzt, was der Friedensvertrag der G.G. mit dem Rindholzkampf und die Beteiligung an dem Scheuer-Konzern zeigen. Obwohl gerade in Mannheim die schärfsten radikalen Phrasen von der Bürokratie gedroht wurden, sind wieder nur neue Wünsche an Parlament und Regierung getischt worden und ist kein Schritt zur Massenmobilisierung getan. Auf dem „Klassenkämpferischen“ Genossenschaftstag wurde auch ausgerechnet der Ausschluß des Konsumvereins Merseburg abhakt.

Mit dem radikalen Phrasenschwall der sozialdemokratischen Genossenschaftsbürokratie soll nur ihre noch stärkere Rechtsentwicklung, die völlige Ausschöpfung mit den kapitalistischen Trübs, die Unterordnung der Konsumvereine unter die Koalitionspolitik und die weitere Freigabe der proletarischen Klasseninteressen der Mitglieder verdeckt werden. Deshalb müssen wir den Reformisten überall die Waage vom Gesicht reißen.

### Gegen den Ausschluß des Konsumvereins Merseburg

Der Konsumverein Merseburg hat eine kleine Kampfschrift gegen die Spaltung der Arbeiterkonsumvereinebewegung herausgegeben, die auch in Mannheim an die Delegierten des Genossenschaftstages verteilt wurde. Die Broschüre behandelt die reformistische Politik und Diktatur der sozialdemokratischen Bürokratie im Zentralverband, zeigt, daß der Kampf um Niedergang oder Aufstieg der Genossenschaftsbewegung geführt wird und wie die Opposition auch das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder verweigert. Diese Broschüre der Merseburger Genossenschaft vertritt rühmlich die in Merseburg betriebene Klassenpolitik. Die Broschüre ist durch die Produktionsgenossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Halle a. Saale, Verdenfeldstraße 14, zu beziehen.

### Berückte Genossenschaftsarbeit nach dem 12. Parteitag

Der 12. Parteitag hat in einer Kommission auch zur Arbeit in den Genossenschaften Stellung genommen und Richtlinien für die weitere Arbeit angeordnet. In den Richtlinien wird zu der Unterordnung der Konsumvereine unter die Trübserschaft und Koalitionspolitik, zur Bedeutung der genossenschaftlichen Fraßgenossenschaft für die Gewinnung der Massen zu den Fortschritten der Arbeit usw. Stellung genommen. Besonders ausführlich werden in den Richtlinien die Mängel und Schwächen der Genossenschaftsarbeit der Partei, die Aufgaben der Konsumvereine und die Berücksichtigung der Arbeit der Kommunisten in den Konsumvereinen behandelt. Als eine neue wichtige Aufgabe stellt u. a. der Parteitag die Erweiterung der proletarischen Opposition und die organisierte Erfassung der sympathisierenden Genossenschaftsmitglieder.

Auch in den übrigen Entscheidungen des Parteitages zur Coy, Gewerkschafts-, Frauenarbeit usw. werden die besonderen Aufgaben in den Genossenschaften behandelt. Die Richtlinien des 12. Parteitages zur Genossenschaftsarbeit der Partei werden den Genossen noch sorgfältig gemacht.

Insbesondere wird in den Richtlinien auch betont, daß noch stärker Gewicht auf die Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder für die Teilnahme der Genossenschaften an der Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft und für den Sturz der imperialistischen Herrschaft gelegt werden muß. Hierzu gehört auch die Teilnahme am Kampf gegen Zoll- und Steuerraub, zur Durchsetzung der Erwerbslosenforderungen, gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung usw.

Noch weiter als bisher müssen die Parteimitglieder von der politischen Verantwortlichkeit der Genossenschaftsarbeit überzeugt und zur Mobilisierung der Arbeit gewonnen werden. Die Organisation der Kommunisten in den Konsumvereinen, soweit sie bisher nicht noch nicht angeschlossen, der Klassen der Lebensinteressen und die Erhaltung der Koalitionen, die politische Erweiterung der Genossenschaftsarbeit, sind einige der wichtigsten Aufgaben. In der Parteitag der Partei in der Genossenschaftsarbeit ist

gent der Ertrübrigung der Konsumvereine und die Kapitalertragssteuer 10 Prozent. Auf dem Genossenschaftstag in Mannheim erklärte Dietrich:

„Zweite dieses Urteil bestehen, dann werde die Bewegung um Jahrzehnte zurückgeworfen. Die Nachversteuerung könnte für manche Genossenschaft direkt zum Ruin werden. Innerhalb des nordwestdeutschen Verbandes seien gegenwärtig fünf Fälle, in denen die geforderte Nachversteuerung 3 700 000 Mark betrage.“

Solche guten Aussichten haben die Konsumvereine also unter dem sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Hilferding und der sozialdemokratischen Koalitionsregierung: Sie müssen nicht nur die Umsatzsteuer nach wie vor weiterzahlen, sondern werden auch noch zur Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragssteuer herangezogen.

Die Situation ist sehr ernst. Gerade deshalb haben die Reformisten in Mannheim schreckliche Phrasen gemacht und sogar eine „Steuerabwehrkommission“ eingesetzt, die sich nun an Hilferding und die Regierung wenden soll, und vielleicht auch einige Scheinproteste in Versammlungen beschließen läßt. Die sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie kann und darf die Massen nicht gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik mobilisieren. Deshalb trägt die reformistische Bürokratie auch die volle Mitverantwortung dafür, wenn die Nachversteuerung für manche Genossenschaft zum „Ruin“ werden sollte.

Die proletarische Opposition fordert die Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder und der gesamten Arbeiterschaft, und ein Kampfbündnis mit den proletarischen Klassenorganisationen zur Abwehr der neuen Steuerbelastungen für die Konsumvereine. Der Kampf ist gleichzeitig für die völlige Steuerfreiheit der Konsumvereine, für die Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft und den Sturz der Koalitionsregierung und Trübserschaft zu führen.